

HSFK-Report Nr. 9/2013

Chinas Luftverteidigungszone und der Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln

Peter Kreuzer

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Baseler Straße 27-31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: kreuzer@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-942532-63-1

Euro 6,-

Zusammenfassung

Am 23. November 2013 verkündete die chinesische Regierung, dass große Teile des Ostchinesischen Meeres von nun an unter eine chinesische Luftverteidigungszone (*air defense identification zone*; ADIZ) fallen, innerhalb derer alle Luftfahrzeuge ihre Flugpläne den chinesischen Behörden vorab melden müssten.

Derartige Zonen, die auch von allen anderen Küstenländern eingerichtet worden sind, dienen der Frühwarnung gegen potenziell einfliegende feindliche Luftfahrzeuge. Diese können durch die teilweise mehrere hundert Kilometer ins Meer hinaus reichenden ADIZ früher erkannt werden. Auf dieser Basis werden dann Maßnahmen eingeleitet, wenn Luftfahrzeuge sich nicht identifizieren.

Die chinesische ADIZ überlappt mit der koreanischen wie auch der japanischen. Diese Überlagerungen resultieren aus konkurrierenden Ansprüchen über Gebiete, die die Konkurrenten jeweils in ihre ADIZ eingeschlossen haben, da sie aus ihrer Sicht Teil des nationalen Territoriums sind. Am problematischsten ist zweifellos die Situation rund um die Diaoyu/Senkaku-Inseln, die seit 1895 von Japan kontrolliert, aber von der VR China und Taiwan als Teil des chinesischen Staatsgebiets beansprucht werden.

Das einseitige chinesische Handeln schafft damit neue Konfliktzonen, in denen Kontrollansprüche kollidieren, was zum einen die Gefahr militärischer Zusammenstöße verschärft und zum anderen Probleme für die Sicherheit der zivilen Luftfahrt aufwerfen kann.

Die ersten Reaktionen der USA und ihrer Alliierten waren, mit Ausnahme Taiwans, scharf. China wurde aufgefordert die Zone wieder zurückzuziehen, eigenen Luftfahrtgesellschaften wurde geraten, die Flugpläne nicht an die chinesischen Behörden zu melden, wenn sie nicht planten, chinesisches Luftraum zu überfliegen, sondern nur außerhalb des chinesischen Hoheitsgebiets die ADIZ durchfliegen wollten. Südkorea erweiterte die eigene ADIZ deutlich. Politisch wurde das chinesische Handeln als destabilisierend verurteilt und als Versuch, den Status quo zu verändern. Japan kritisierte China in den wenig später veröffentlichten Nationalen Verteidigungsrichtlinien in scharfen Worten. Kurz darauf besuchte der japanische Premierminister den Yasukuni-Schrein, in dem auch einer großen Zahl verurteilter japanischer Kriegsverbrecher gedacht wird. Wenig später bemühten chinesische und japanische Botschafter Voldemort, die Personifikation des Bösen bei Harry Potter, zur Beschreibung des jeweiligen anderen Staates.

Zwar relativierten die USA und Südkorea nach wenigen Wochen ihre Positionen deutlich, auch forderten die USA ihre Partner dazu auf, mit den Chinesen zu praktikablen Lösungen in den umstrittenen Gebieten zu kommen. Südkorea und die VR China erklärten sich prinzipiell bereit, für die praktischen Probleme, die durch die Überlappung der Zonen entstehen, auf dem Verhandlungsweg Lösungen zu erarbeiten. Die japanisch-chinesischen Konfliktlinien blieben jedoch verhärtet.

Der vorliegende Report analysiert zunächst die von der Verkündung einer chinesischen ADIZ ausgehende Ereigniskette und fragt insbesondere danach, inwieweit die scharfen Reaktionen angemessen waren. Zentral ist die Frage, inwieweit China mit dem

Schritt der Errichtung der ADIZ im Rahmen des internationalen Gewohnheitsrechts handelte und Schritte vollzog, die seine Kritiker selbst schon lange gemacht hatten, oder ob das Handeln darüber hinausgehende Muster beinhaltet, die es delegitimierten.

In einem zweiten Schritt bettet der Report die aktuelle Auseinandersetzung in den seit langem währenden, in den letzten Jahren aber verschärften Souveränitätskonflikt zwischen der VR China, Taiwan und Japan über die Diaoyu/Senkaku-Inseln ein, über die alle drei Staaten Souveränität beanspruchen.

Abschließend bietet der Report einige konkrete, direkt anwendbare Optionen, die auf eine Deeskalation zielen, sowie eine umfassende und unorthodoxe Zukunftsoption zur Lösung des Territorialkonflikts um die Diaoyu/Senkaku-Inseln, der zum symbolischen Brennpunkt der chinesisch-japanischen Beziehungen zu werden droht.

Obgleich in der Analyse die gängige geopolitische Sicht auf das Handeln der Akteure Berücksichtigung findet, liegt der eigentliche Fokus auf der Rolle von Gerechtigkeit bzw. der Nichtanerkennung von Gleichheits- bzw. Gerechtigkeitsforderungen. Konkret wird auf Grundlage der Handlungssequenz seit November 2013 diskutiert, inwieweit China und sein Handeln von seinen Gegenübern, insbesondere von Japan und den USA, als gleichwertig anerkannt werden. Die Analyse des Souveränitätskonflikts um die Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe zeigt, dass hier eine aufstrebende Macht (China) historisch begründete Gerechtigkeitsforderungen aufstellt und damit auf ein legalistisch auf der Basis modernen internationalen Rechts argumentierendes Gegenüber (Japan) prallt. Es wird argumentiert, dass nicht nur chinesisches Handeln, sondern auch die Nichtanerkennung des Konflikts und die damit einhergehende Verweigerung der Anerkennung der chinesischen Forderung durch Japan das Konfliktpotenzial befördern.

In Bezug auf die neue chinesische ADIZ lässt sich festhalten, dass China generell nur das nachholt, was andere Länder der Region vorgemacht haben: die Etablierung einer ADIZ, die weit über den nationalen Luftraum hinausgeht. Die scharfe Reaktion signalisiert Doppelstandards, die eigenen Alliierten Handlungsweisen zubilligen, die bei anderen kritisiert werden. Insofern fügt sich die Kritik am Vorgehen Chinas aus chinesischer Sicht in ein Muster, das China zur gefährlichen Macht erklärt, deren Handeln mit Misstrauen begegnet werden muss.

Der Blick auf den Hintergrund der ADIZ-Debatte, der Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln, legt nahe, dass die Etablierung der ADIZ unter anderem auch dem Ziel diene, Japan zu Verhandlungen mit China in diesem Konflikt zu bringen, dessen Existenz Japan seit mehreren Jahrzehnten bestreitet.

Obgleich die chinesische Politik zur Legitimation der eigenen Ansprüche internationales Recht bemüht, steht im Hintergrund der chinesischen Souveränitätsansprüche eine Forderung nach Gerechtigkeit für vergangenes Unrecht, das China aus seiner Sicht vom imperialistischen Japan zugefügt worden ist. Die Perspektive auf die Diaoyu/Senkaku-Inseln gliedert sich nahtlos ein in eine umfassende chinesische Perzeption eines revisionistischen Japan, das die eigene Geschichte schön, historische Verantwortung ablehnt und als Verlierer des Zweiten Weltkriegs im Gefolge des Kalten Krieges zum Sieger wurde, der in Allianz mit den USA zur ökonomisch dominanten Macht aufstieg und diese

spezifische Stellung dazu nutzt, die chinesischen Forderungen nach „Gleichberechtigung“ zu bekämpfen. Aus japanischer Sicht handelt es sich um eine einfache Rechtsfrage, die eindeutig geklärt ist, da Japan 1985 die Inseln als *terra nullius* in Besitz genommen habe. Die Verweigerung der Diskussion über die chinesischen Forderungen kommt damit aus chinesischer Sicht nicht nur der Nicht-Anerkennung von Unrecht, sondern darüber hinausgehend der Verweigerung der Anerkennung Chinas als Konfliktpartei gleich.

In diesem Konflikt hält Japan als Status quo-Macht alle Trümpfe in der Hand, da es die Inseln seit langem kontrolliert und auch für sie die amerikanischen Sicherheitsgarantien für Japan gelten. Weil darüber hinaus das internationale Recht durchgängig dahingehend ausgelegt wurde, dass die tatsächliche Besetzung höher bewertet wird als historische Ansprüche, steht China, beim Versuch seine Forderungen durchzusetzen, vor einem Dilemma. Versucht es nicht über konkretes Handeln nachzuweisen, dass es zumindest eine gewisse Kontrolle über das Territorium ausübt, so verliert es seine Ansprüche. Unternimmt es aber entsprechende Handlungen, die darauf abzielen die Ansprüche symbolisch zu untermauern und/oder Japan an den Verhandlungstisch zu bringen, so wird sein Handeln als friedensgefährdend interpretiert und China gerät in die Rolle der aggressiven Macht. Während ein schwaches China in der Vergangenheit gezwungen gewesen sein mag, eigene Forderungen ruhen zu lassen, ist mit dem Anwachsen der chinesischen ökonomischen und militärischen Stärke diese Option zunehmend unrealistisch. Japan strebt in diesem Souveränitätsspiel, in dem beide Parteien eigene Souveränitätsansprüche symbolisch untermauern und entsprechendes Handeln der anderen Partei unterminieren, zunehmend aktiv nach einer Stärkung der eigenen Position. Gleichzeitig instrumentalisiert es erfolgreich die geostrategischen Interessen der USA und die Garantien des gegenseitigen Sicherheitsvertrages, was die Konflikthaftigkeit und Eskalationsanfälligkeit erhöht. Hier sollte sich die USA vor der Gefahr des „entrapment“ hüten und nötigenfalls auch Distanz zum Alliierten markieren.

Kurzfristig hat die Erweiterung der koreanischen ADIZ paradoxerweise neuen Raum für Verhandlungen geschaffen. Die Überlappung der ADIZ von Japan, Südkorea und der VR China legt trilaterale Gespräche zum zukünftigen Management nahe. Sollte Japan dazu nicht bereit sein, könnte Korea vorangehen, den chinesischen Pragmatismus testen und Japan dadurch in Zugzwang bringen.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte legen nahe, dass sich mit einem „Weiter so“ der Diaoyu/Senkaku-Disput nicht entschärfen lässt. Es erscheint an der Zeit, unorthodoxe Lösungsansätze anzudenken. Hierzu bietet sich das Fernziel einer gemeinsamen Souveränität (Kondominium) an. Der Vorteil einer solchen außergewöhnlichen Zielsetzung wäre, dass, anders als bei allen anderen Lösungen, keine der konfligierenden Seiten ihren Anspruch verlieren würde. Eine Kondominium-Lösung verwandelt die sich vielfach gegenseitig ausschließenden und unteilbaren Territorialansprüche in ein Gut, das allen beteiligten Konfliktparteien gleichermaßen zukommt.

Inhalt

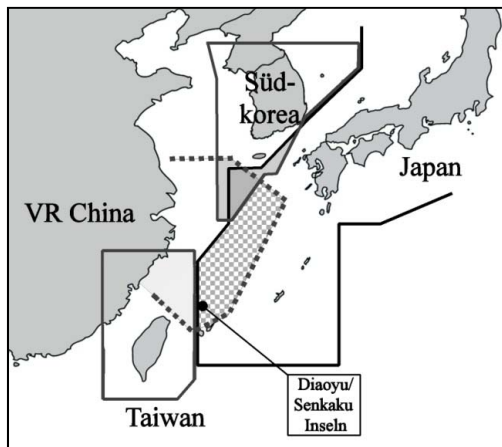
1.	Einleitung und Überblick	1
1.1	Die chinesische ADIZ und der chinesisch-japanische Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln	1
1.2	Eine Ergänzung zur geopolitischen Perspektive	3
2.	Die Einrichtung der chinesischen Luftverteidigungszone (ADIZ) – wenn Gleiches nicht dasselbe sein soll	6
3.	Die chinesische ADIZ als Schritt zur Gleichrangigkeit	9
4.	Eine kurze Geschichte des Konflikts um die Diaoyu/Senkaku-Inseln	13
4.1	Das Souveränitätsspiel im Seegebiet um die Diaoyu/Senkaku-Inseln seit den 1970er Jahren	13
4.2	Rechtliche Legitimationsstrategien der konkurrierenden Souveränitätsansprüche	16
5.	Das aktuelle chinesische Handeln im Kontext internationalen Rechts und chinesischer Gerechtigkeitsforderungen	17
5.1	Das moderne internationale Recht als Motor der Eskalation	17
5.2	Die Diaoyu/Senkaku-Problematik: Rechtsansprüche gegen historische Gerechtigkeitsforderungen	18
6.	Wie weiter?	20
	Literatur	25

1. Einleitung und Überblick

1.1 Die chinesische ADIZ und der chinesisch-japanische Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln

Am 23. November 2013 verkündete die chinesische Regierung die Einrichtung einer Luftverteidigungszone (*air defense identification zone*; hinfort ADIZ) für große Teile des Ostchinesischen Meeres. Diese Zone erstreckt sich im Norden bis in Meeresgebiete, die von Südkorea beansprucht werden und umfasst im Süden die nordöstlich von Taiwan liegenden Diaoyu/Senkaku-Inseln, die von Japan kontrolliert und zwischen Japan, der VR China und Taiwan (der Republik China) umstritten sind. Darüber hinaus überlappen die neue chinesische und die alte japanische ADIZ in weiten Teilen des Ostchinesischen Meeres (siehe Karte; karierte Fläche).

Derartige Zonen, die über den nationalen Luftraum hinausgehen, werden einseitig von Küstenstaaten eingerichtet, um das Heimatterritorium besser verteidigen zu können. Die teilweise mehrere hundert Kilometer ins Meer hineinragenden Zonen dienen dazu, schon



Luftverteidigungszonen in Ostasien

weit im „Vorfeld“ einfliegende Flugzeuge eindeutig identifizieren und auf potenzielle Bedrohungen reagieren zu können, noch bevor die Maschinen den nationalen Luftraum erreichen. Die in diesen ADIZ geltenden Regeln werden einseitig von den entsprechenden Staaten vorgegeben und können sich daher signifikant unterscheiden. Grundsätzlich gilt für alle ADIZ, dass eine Befolgung der einseitig gesetzten Regeln jenseits des nationalen Luftraums nicht erzwungen werden darf. In den ausschließlichen Wirtschaftszonen, (*exclusive economic zone*; EEZ), die bis zu 200 Seemeilen ins Meer ragen können, gelten spe-

zielle Bestimmungen (United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS: Art. 55ff), die jedoch grundsätzlich die Freiheit des Luftraums nicht einschränken können (UNCLOS: Art. 58.1; 81). Insofern ist formal die Befolgung von ADIZ-Regeln freiwillig: „it must be emphasized that a State can by no means arrogate to itself territorial sovereignty over an ADIZ ipso facto“ (Abeyratne 2012: 89).

Die einseitige und vorab nicht angekündigte Handlung Chinas wurde von den USA und ihren ostasiatischen Verbündeten sowie Australien heftig als ein Akt kritisiert, mit dem China den Status quo zu seinem Gunsten zu verändern suche. In der Folge demonstrierten die USA sowie Japan Stärke, indem sie in symbolischen Akten, z.B. mit dem nicht gemeldeten Überflug militärischer Flugzeuge, die ADIZ ignorierten. Südkorea weitete seinerseits seine ADIZ aus, die japanische Regierung „empfahl“ den kommerziellen japa-

nischen Luftfahrtgesellschaften die chinesische ADIZ zu ignorieren und ihre Flugpläne nicht an China zu melden, wenn sie nicht planten, in chinesisches Hoheitsgebiet einzufiegen. Weniger als einen Monat nach der chinesischen ADIZ-Erklärung verabschiedete Japan eine neue nationale Sicherheitsstrategie, die an verschiedenen Stellen kritisch Rekurs nimmt auf „an increasing number of cases of unilateral actions in an attempt to change the status quo by coercion without paying respect to existing international law“ (Government of Japan 2013a: 8).¹

Wenige Tage später besuchte der japanische Premierminister Shinzo Abe den nicht-staatlichen Yasukuni-Schrein, in dem Japans Kriegstote geehrt werden, darunter auch 14 verurteilte Klasse-A-Kriegsverbrecher, von denen sieben zum Tode verurteilt worden waren, sowie mehr als 1.000 Klasse-B- und C-Kriegsverbrecher.² Anfang Januar 2014 reagierte der chinesische Botschafter in Großbritannien Liu Xiaoming mit einem Harry Potter-Vergleich: „If militarism is like the haunting Voldemort of Japan, the Yasukuni Shrine in Tokyo is a kind of horcrux, representing the darkest parts of that nation’s soul“ (Liu 2014). Worauf der japanische Botschafter in ähnlicher Diktion erwiderte (Hayashi 2014).

Spätestens als zwei der hochrangigen Diplomaten der beiden Nationen, die jeweils andere in die Nähe des Bösen an sich rückten, war der anfängliche Sturm im Wasserglas zu einer handfesten Krise der Beziehungen eskaliert.

Die von den beiden Botschaftern gewählte emotionale Sprache signalisiert, dass die Auseinandersetzung um die ADIZ weit mehr umfasst, als auf den ersten Blick vermutet werden kann. Die post-ADIZ Eskalation zwischen China und Japan ist kaum erklärbar, ohne einen Rückgriff auf die darunter liegenden Territorialkonflikte, in deren Zentrum die zwischen der VR China, der Republik China (Taiwan) und Japan umstrittenen Diaoyu/Senkaku-Inseln stehen. Dieser Konflikt ist geprägt von den Erinnerungskulturen der beiden chinesischen Opfer des japanischen Imperialismus, die VR China und Taiwan (Republik China). Die Diaoyu/Senkaku-Inseln sind insgesamt gerade einmal gute 6 km groß. Sie liegen gute 300 km entfernt vom chinesischen Festland und jeweils etwa 170 km

1 Siehe auch die neuen Nationalen Verteidigungsrichtlinien (Government of Japan 2013: 3).

2 Klasse-A umfasste diejenigen japanischen Führer, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vom International Military Tribunal for the Far East wegen Verbrechens gegen den Frieden verurteilt wurden, Klasse B diejenigen, die wegen Kriegsverbrechen und Klasse C diejenigen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden. Zur Geschichte der Aufnahme der Namen dieser Kriegsverbrecher in den Yasukuni-Schrein siehe Takenaka 2007.

Der letzte Besuch eines japanischen Premierministers in offizieller Funktion fand 2006 statt. Regelmäßig besuchen jedoch andere Politiker den Schrein, im August 2013 z.B. mehr als 150 japanische Parlamentsabgeordnete, darunter auch drei Minister der Abe-Regierung. Es gibt eine eigene Organisation, die Shinto Political Alliance Diet Members’ Association, der mehr als 200 Parlamentarier und die weit überwiegende Mehrheit der Kabinettsmitglieder angehören und der Shinzo Abe als Generalsekretär vorsteht. Abe und andere Politiker sind auch aktiv in der Shinto Association of Spiritual Leadership.

entfernt von Taiwan und der nächsten und südlichsten japanischen Insel Ishigaki und werden seit 1895 mit Unterbrechung³ von Japan verwaltet.

Strategisch ist die Kontrolle über die Diaoyu/Senkaku-Inseln nur von begrenzter Bedeutung, und es würde sich für China, selbst wenn es sie kontrollierte, nichts an der grundlegenden Situation eines von potenziell feindlichen Mächten kontrollierten Zugangs zum offenen Meer ändern. Bedeutsam ist die Souveränität über die Inseln jedoch in ökonomischer Sicht, weil in der Region umfangreiche unterseeische Rohstoffvorräte vermutet werden (Öl, Gas, Mangan), die beiden Ländern auf Jahrzehnte entsprechende Rohstoffsicherheit gewähren könnten (South China Morning Post 2012).⁴ Die ökonomische Bedeutung der Souveränität über die Inseln hängt jedoch davon ab, ob sie eine eigene exklusive Wirtschaftszone (EEZ) generieren. Hier scheint die internationale Rechtsprechung eher restriktiv in dem Sinn, dass derart kleine Inseln, die einem Festland mit großer Küstenlänge gegenüberliegen, bestenfalls kleine Zonen generieren können. Allerdings könnte die Souveränität über die Inseln insofern bedeutsam sein, als sie, anders als die anderen japanischen Inseln, auf dem chinesischen Festlandssockel liegen. Blieben sie unter japanischer Kontrolle, so teilten sich damit Japan und China formal den Festlandssockel, was die japanischen EEZ-Ansprüche im Ostchinesischen Meer stärken würde.

1.2 Eine Ergänzung zur geopolitischen Perspektive

Dieser Report bietet einen alternativen Blick zur geopolitischen Sicht auf den Konflikt, indem er argumentiert, dass das chinesische Handeln im November 2013 zwar in der Form provokativ gewesen sein mag, dass aber die Reaktionsmuster unangemessen waren, dass mithin die Eskalation das Ergebnis spezifischer Interaktion war und nicht allein auf das chinesische Handeln zurückgeführt werden kann. Dieser alternative Blick will die gängige geopolitische Analyse, die das chinesische Handeln im November wie auch die Aktivitäten Chinas und Japans in den vergangenen Jahren im Raum der Diaoyu/Senkaku-Inseln als Bestandteil einer Mächtekonkurrenz im Kontext mit dem Aufstieg Chinas zur ökonomischen und militärischen Großmacht nicht ersetzen. Diese Sicht soll aber ergänzt werden, indem sie auf Faktoren hinweist, die „jenseits der Interessen“ Handeln in bestimmte Bahnen lenken und Interaktion auf spezifische Weise strukturieren. Die Analyse geht davon aus, dass es sich lohnt, das chinesische Denken über Japan ernst zu nehmen (Gries 2004, 2005a, 2005b, 2005c). Allgemeiner folgt sie Jonathan Mercer in seinem Argument, dass psychologische Modelle eine sinnvolle Ergänzung rationaler Modelle in den internationalen Beziehungen sind (Mercer 2005) und dass insbesondere auch emotionalen Überzeugungen („emotional beliefs“) eine vielfach unterschätzte Rolle zukommt (Mercer 2010). Die Emotion geht der Einschätzung der Situation voran, indem sie den

3 Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Inseln unter amerikanische Militärverwaltung gestellt. Die Inseln gingen 1972 im Zusammenhang mit der Rückgabe Okinawas an Japan.

4 Für eine aktuelle geopolitische Analyse des Senkaku-Konflikts siehe Masahiro 2013.

Rahmen vorgibt, innerhalb dessen Informationen wahrgenommen, interpretiert und verarbeitet werden; „emotion is part of reasoning and not distraction upsetting coldly rational process“ (Mercer 2010: 5).

Dieser Report argumentiert, dass es der chinesischen Seite in dem Konflikt bei weitem nicht nur um geopolitische Interessen geht, sondern um zwei immaterielle Güter mit hoher emotionaler Ladung: Anerkennung und Gerechtigkeit. Sie stellen chinesisches Handeln im konkreten Fall der ADIZ wie in der Auseinandersetzung um die Diaoyu/Senkaku-Inseln in einen historisch begründeten Rahmen, der China als Opfer begreift, dem im Prozess seines (Wieder-)Aufstiegs die gebührende Anerkennung und der gerechte Ausgleich für vergangenes Unrecht verweigert werden.⁵ Eine solche Rahmung in moralischen Kategorien, basierend auf einem Gefühl erfahrener Ungerechtigkeit und der daraus resultierenden moralischen Empörung, „engages powerful passions that have the effect of increasing the stridency of demands, amplifying intransigence, reducing sensitivity to threats and value trade-offs, increasing the willingness to run risks, and increasing the likelihood of violent behavior“ (Welch 1993: 20). Gleichzeitig wird damit der Territorialkonflikt mit einer Reihe anderer normativ aufgeladener Probleme im Verhältnis zu Japan verknüpft: die Infragestellung des systematischen Charakters der Sexsklaverei, der bis 1945 tausende von Asiatinnen zum Opfer gefallen waren sowie die japanische Ambivalenz in Bezug auf die Frage ob es sich beim Überfall auf Korea, China und andere südostasiatische Staaten um Aggression gehandelt habe. Aus chinesischer Sicht versucht Japan über Leugnung bzw. Ambivalenz in diesen Feldern eine Umkehr des historischen Urteils über den Zweiten Weltkrieg herbeizuführen, wonach Japan der Aggressor und China, Korea und die südostasiatischen Staaten die Opfer gewesen waren.

Ausgehend von einer Konfliktgeschichte wird auch ein fundamentales Dilemma Chinas als Nicht-Status quo-Macht verdeutlicht, das sich auf das internationale Recht zurückführen lässt, das, „encourages the ‚display of sovereignty‘ and penalizes states for appearing to ‚acquiesce‘ in a rival state’s claim to disputed territory“ (Ramos-Mrosovsky 2008: 906). Vereinfacht gesagt: Wer lange genug ein Territorium kontrolliert, ohne dass diese Kontrolle aktiv von anderen Parteien in Frage gestellt wurde, gilt als rechtmäßiger „Eigentümer“, egal wie er in den Besitz dieses Territoriums gekommen ist. Während Taiwan aus übergeordneten politischen Gründen die eigenen Ansprüche auf die Inseln kaum durch entsprechendes Handeln untermauert, ist die militärisch und ökonomisch erstarkende VR China dazu nicht mehr willens, gerät dadurch aber in eine problematische Situation. Tut sie nichts, um ihre Ansprüche auf die Inseln zu untermauern, so droht sie sie zu verlieren, handelt sie, um zu verdeutlichen, dass Japan nicht die tatsächliche Kontrolle

5 Diese Formulierung beinhaltet wie alle entsprechenden keine Positionsnahme im Sinne der chinesischen Sicht. Der Autor folgt vielmehr dem weberschen Prinzip des „Verstehens“ eines Handelns aus den Bedeutungsmustern und Emotionen des Handelnden selbst. Es gilt: „ein in seinem äußeren Ablauf und Resultat gleiches Sichverhalten kann auf unter sich höchst verschiedenartigen Konstellationen von Motiven beruhen, deren verständlich-evidenteste nicht immer auch die wirklich im Spiel gewesene ist“ (Weber 1922: 404). Webers zweckrationale Erklärung des Handelns gilt es durch die Kategorien moderner Sozialpsychologie zu ergänzen, die der Emotion in Kognition und Handeln einen bedeutsamen Platz zuweisen.

ausübt, so steht sie als Nicht-Status quo-Macht in Gefahr, zur Bedrohung des Friedens erklärt zu werden. Die hohe emotionale Ladung dieses Konflikts als Kristallisationspunkt konfligierender chinesischer und japanischer Geschichtsinterpretationen verschärft die eskalativen Dynamiken und Risiken.

Im abschließenden Teil des Reports wird dargelegt, inwieweit die USA und Südkorea im aktuellen Konflikt deeskalierend agieren können. Daran anschließend wird eine langfristige Vision entwickelt, die einen Ausweg aus der eminent verfahrenen Situation, in der jeder Gewinn einer Seite als Verlust der anderen wahrgenommen wird, anbietet: die Hinwendung auf das Fernziel eines Kondominiums; i.e. einer geteilten Souveränität. Der Vorteil einer solchen Lösung ist, dass damit die sich gegenseitig ausschließenden und unteilbaren Territorialansprüche in ein gemeinsames Gut verwandelt werden, das allen beteiligten Konfliktparteien gleichermaßen zukommt. Anders als bei allen anderen Lösungen verliert keine der konfligierenden Seiten ihren Anspruch (Samuels 2007/2008).

Der Analyse des Diaoyu/Senkaku-Konflikts vorgeschaltet ist eine Auseinandersetzung mit den Dynamiken, die durch die Verkündung der chinesischen ADIZ ausgelöst wurden. China sieht den Schritt als ein Gleichziehen mit den anderen Nachbarmächten, die alle drei schon seit Jahrzehnten eine ADIZ haben. Zusammengenommen bilden diese von Korea im Nordosten über Japan und Taiwan bis hin zu den Philippinen im Südwesten eine umfassende Zone unter der Kontrolle von Alliierten bzw. Partnern der USA. So ist für China die Einrichtung der ADIZ ein defensiver Akt zur Sicherstellung der nationalen Sicherheit, dessen Spezifika das Handeln der anderen Staaten, insbesondere Japan, spiegelt, ohne darüber hinauszugehen. Japan und die USA sowie in abgeschwächter Form auch Südkorea interpretierten die Etablierung der chinesischen ADIZ als provokativen Schritt, der den Status quo im Ostchinesischen Meer zugunsten Chinas verändern sollte. Die Analyse zeigt, dass beide Interpretationen „richtig“ sind. Allerdings entkleidet die chinesische Interpretation das Handeln seiner politischen Motivation, wohingegen die Kritik die chinesische ADIZ ausschließlich in machtpolitischen Kategorien interpretiert und ihr damit den faktischen Kern der Gleichartigkeit zum Handeln der anderen Staaten abspricht. Eine besser abgewogene erste Reaktion der USA hätte zum einen die emotionalen Befindlichkeiten der Chinesen berücksichtigen können, die sich als tendenziell ausgegrenzt, bedroht und als Opfer des japanischen Imperialismus benachteiligt sehen. Zum anderen hätte es verhindert, dass die japanische Seite, die von den USA geteilte Rhetorik einer chinesischen Bedrohung des Status quo dazu nutzen konnte, ihrerseits eigene Positionen im komplexen Territorialkonflikt mit China zu stärken.

2. Die Einrichtung der chinesischen Luftverteidigungszone (ADIZ) – wenn Gleiches nicht dasselbe sein soll

Japan und die USA reagierten, wie einleitend schon ausgeführt, ausnehmend scharf auf die Verkündigung der neuen ADIZ durch China im November 2013. Der japanische Premierminister Shinzo Abe erklärte umgehend: „The measures by the Chinese side have no validity whatsoever on Japan, and we demand China to revoke any measures that could infringe upon the freedom of flight in international airspace“ (zitiert nach The Guardian 2013). Während die japanischen zivilen Luftfahrtgesellschaften zunächst ihre Flugpläne an die chinesischen Behörden übermittelten, stellten sie dies unter Druck der Regierung ein. Nach einer Krisensitzung der Vereinigung japanischer Fluggesellschaften beschlossen diese, der „Empfehlung“ (*administrative guidance*) der Regierung zu folgen (Government of Japan 2013c).

Nachdem es zunächst so ausgesehen hatte, als ob die amerikanische Regierung eine ähnliche Empfehlung aussprechen würde, stellte der Sprecher des Außenministeriums nach einigen Tagen klar, dass die US-Regierung generell erwartet, dass „U.S. carriers operating internationally will operate consistent with NOTAMs (Notices to Airmen) issued by foreign countries“ (US Department of State 2013).

In Bezug auf die Interpretation des chinesischen Handelns hob der amerikanische Außenminister in den ersten Tagen vor allem auf die konflikthafte Situation in diesem Bereich des Ostchinesischen Meeres ab, als er erklärte: „This unilateral action constitutes an attempt to change the status quo in the East China Sea [...]. Escalatory action will only increase tensions in the region and create risks of an incident“ (zitiert nach The Guardian 2013). Der US-amerikanische Verteidigungsminister Hagel erklärte fast wortgleich: „We view this development as a destabilizing attempt to alter the status quo in the region. This unilateral action increases the risk of misunderstanding and miscalculations“ (Chuck Hagel zitiert nach US Department of Defense 2013). In diesem Zusammenhang verwies er explizit darauf, dass das gegenseitige Verteidigungsabkommen zwischen den USA und Japan von 1960 auch für die Senkaku-Inseln gelte, dass also ein Angriff auf diese Inseln als „Gefahr für den eigenen Frieden und die Sicherheit“ der USA wahrgenommen würde (Art. 5 des Abkommens). Diese Versicherung erleichtert es Japan, sämtliche chinesischen Vorstöße, die darauf abzielen in Verhandlungen über den Status der Inseln zu treten, zu ignorieren. Entsprechend nutzte der japanische Verteidigungsminister die amerikanische Vorlage, um klarzustellen, dass man China verdeutlichen müsse „that its attempt to change the status quo will never be tolerated“ (Itsunori Onodera zitiert in: Japan Times 2013). Allerdings mäßigten die USA ihre scharfe Kritik über die nächsten Wochen. Schon beim Treffen zwischen dem japanischen Premierminister Shinzo Abe und dem amerikanischen Außenminister Biden Anfang Dezember traten die unterschiedlichen Sichtweisen zutage. Abe betonte, dass die USA und Japan „confirmed that we should not tolerate the attempt by China to change status quo unilaterally by force.“ Demgegenüber stellte Biden heraus, dass die gegenwärtige Situation „underscores the need for crisis management mechanisms and effective channels of communication between China and Japan to reduce the risk of escalation“ und fügte noch hinzu, es sei „also important to see closer

cooperation and better relations between our allies – Japan and South Korea – and as was discussed briefly between our allies and China“ (White House, Office of the Vice President 2013a). Mitte Dezember veröffentlichte die amerikanische Seite noch die Empfehlung des Vize-Präsidenten an die Konfliktparteien Japan und China, Schritte zur Reduzierung der Spannungen zu unternehmen, einschließlich bilateraler Mechanismen der Krisenkommunikation (White House, Office of the Vice President 2013b), ein deutliches Zeichen, dass die USA der scharfen japanischen Linie kritisch gegenüberstehen.

In einer bedächtigeren Reaktion forderte die südkoreanische Regierung, die vorab möglicherweise von der Maßnahme informiert worden war,⁶ China dazu auf, die Grenzziehung seiner ADIZ zu überdenken, da sie sich mit der seit den frühen 1950er Jahren etablierten südkoreanischen ADIZ teilweise überschneidet und mit südkoreanischen Territorialansprüchen kollidiert. Diese erste Reaktion erweckte den Eindruck, dass Südkorea die ADIZ möglicherweise akzeptiert hätte, wenn sie nicht mit der koreanischen überlappt und China sie ein wenig verkleinert hätte. Victor Cha vom Center for Strategic and International Studies in Washington (CSIS) betonte, dass der Versuch Koreas

„[...] to ‘de-link’ Korea’s problems from that of the United States and Japan [...] would have essentially abandoned the concerns of Tokyo and Washington’s, both of whom have wholly rejected China’s claims. [...] Cutting an individual ‘deal’ with China only further isolates the ROK from its allies and sets it up to be dominated by China“ (Cha 2013: 2).

In der Folge forderten Korea wie Japan die lokalen Fluggesellschaften dazu auf, keine Flugpläne an China zu übermitteln, zogen diese Empfehlung jedoch gut zwei Wochen später zurück. Wenig später erweiterte Südkorea die eigene ADIZ, so dass auch ein weit vor der Küste liegender, de facto unter südkoreanischer Kontrolle stehender, aber von China beanspruchter Felsen, von der Zone abgedeckt ist. Damit überlappt die südkoreanische ADIZ nicht nur mit der kurz vorher verkündeten chinesischen, sondern auch mit der japanischen.

Einzig Taiwan reagierte zögerlich. Präsident Ma Ying-jeou forderte noch Anfang Dezember die anderen Staaten dazu auf, „to quickly hold bilateral dialogues with Beijing on relevant issues, including the issue of the ADIZ, to restore the East China Sea to its original state as a sea of peace and cooperation“ (zitiert nach Taipei Times 2013). Ma musste sich allerdings viel Kritik von Seiten der Opposition stellen, die eine deutlich konfrontativere Strategie bevorzugte.

Auch ausländische Beobachter, wie der ehemalige US-amerikanische Vertreter in Taiwan, Nat Bellocchi, meldeten sich mit bedrohlicher Rhetorik in taiwanesischen Medien zu Wort. Bellocchi betonte, dass durch das chinesische Handeln Frieden und Stabilität bedroht würden und

„Taiwan would also do well to closely coordinate with other democratic nations with strategic interests in the region, such as the US, Japan and South Korea. [...] If Taiwan wants to

6 Dies zumindest wurde von der koreanischen Nachrichtenagentur Yonhap gemeldet, die sogar eine anonyme diplomatische Quelle aus Beijing zitiert: „We had been recently informed of the Chinese side’s decision to set up the East China Sea Air Defense Identification Zone (ADIZ)“ (Yonhap 2013).

retain its status as a de facto free and democratic nation, it needs to make it clear that it is on the side of nations that oppose the new rules, and it should disregard the unilateral and unreasonable dictates imposed by the repressive and undemocratic regime in Beijing“ (Bellocchi 2013).

Analog argumentierte Michael Cole, ein ehemaliger Mitarbeiter des kanadischen Geheimdienstes, wenn er Taiwan dazu auffordere, härter gegen die VR China aufzutreten „by introducing costs to Chinese misbehavior or moves, such as the ADIZ, that exacerbate tensions in the region.“ Cole argumentierte, dass „Taiwan will have to develop enough backbone to stand up to China when the latter adopts policies that increase tensions in the region“, wenn es als gleichberechtigter Teilnehmer regionaler Sicherheit akzeptiert werden will (Cole 2013). Konkret heißt dies, dass das kleine Land die delikatsten Beziehungen zum großen Bruder so nutzen soll, dass provokatives Handeln für die VR China teuer wird.

Die vorgebrachten Argumente zielten vor allem darauf ab aufzuzeigen, dass das chinesische Handeln die Spannungen im Territorialdisput zwischen Japan und China erhöht, dass China in einer ohnehin kritischen Phase scheinbar ohne Not mit aggressivem Handeln zusätzliche Risiken für nicht-intendierte Eskalationsprozesse schafft. Nicht selten wird eine derartige Argumentation in eine umfassendere strategische Analyse eingebettet, wonach China eine Strategie der bilateralen Verhandlungen verfolge, um gegen die einzelnen, schwächeren Partner stark auftreten zu können, anstatt einer vereinten Position der von China bedrängten Staaten mit ihrer Garantiemacht USA gegenüberzustehen (so z.B. Cha 2013).

Von einigen Autoren wird selbst die Tatsache, dass China rechtskonform gehandelt hat, als Teil einer unterstellten chinesischen Kriegsführung gedeutet und damit die Legitimität des chinesischen Bezugs auf das Recht selbst in Frage gestellt: „Beijing’s attempt to use international law to create facts on the ground is a source of instability, and in the present case, it is one that needlessly puts civilian lives at risk“ (Cole 2013). Ein anderer Autor argumentiert, dass „China is seeking to bolster its claims to sovereignty over these areas in terms of international law.“ Dies wird von ihm jedoch negativ kodiert als „lawfare“, was die Verwendung des (internationalen) Rechts als Mittel der Kriegsführung meint (Keck 2013), eine Unterstellung, die schon früher gegen chinesische Versuche, internationales Recht in ihrem Sinn auszulegen (eine allgemein gängige Praxis) erhoben wurde, so von Raul Pedroso, einem Professor des U.S. Naval War College, der im Zusammenhang mit der rechtlichen Frage nach den Optionen für Küstenstaaten, ihre EEZ zu kontrollieren, gegen die (maximalistische) chinesische Position argumentiert, es handle sich um „Chinese ‘lawfare’ (*legal warfare*), or the misuse of the law as a method of indirect warfare against the West and its friends and allies“ (Pedroso 2011: 207).

Derartige Argumente sind Teil einer umfassenderen in Wissenschaft wie Politik geführten Debatte über die Gefahren des Aufstiegs Chinas. Vielfach wird argumentiert, dass der potenzielle neue Hegemon seinen Machtanspruch notfalls auch aggressiv vorantreiben könnte. Entsprechende Einschätzungen finden sich spätestens seit Mitte der 1990er

Jahre, als eine Reihe von Autoren einen neuen „Hegemon am Horizont“ ausmachten, von „Chinas Bedrohung der ostasiatischen Sicherheit“ redeten und den „zukünftigen Konflikt mit China“ beschworen – so drei damals prominente Titel.⁷ Eineinhalb Jahrzehnte später finden sich immer noch die gleichen Code-Wörter, wenn etwa eine „Hegemonie mit chinesischen [durchgängig negativen; P.K.] Charakteristika“ beschworen wird (Friedberg 2011). Einen extremen Ausdruck findet die These der Bedrohung durch China in den Arbeiten John Mearsheimers, der apodiktisch behauptet, dass der Aufstieg Chinas nicht friedlich erfolgen werde, und zwar unabhängig davon, ob es autoritär regiert bleibt oder demokratisch wird (Mearsheimer 2005). Wie er 2010 formuliert: „China cannot rise peacefully“ (Mearsheimer 2010a: 382), weshalb unter anderem nicht nur die USA oder Japan den Aufstieg Chinas fürchten müssen, sondern auch die Australier (Mearsheimer 2010b). Barry Buzan zielt auf die in diesen Szenarien inhärente Logik als eine potenzielle *self-fulfilling prophecy*. Wenn sich derartige Positionen durchsetzen,

„[...] there is certainly a quite strong constituency in the United States that almost wants to cast China in the role of ‘peer competitor’ in order to restore the clarity of purpose to US foreign policy which has been hard to find since the end of the Cold War. If this constituency wins out in the United States, then it will be difficult for China to rise peacefully“ (Buzan 2010: 23).

3. Die chinesische ADIZ als Schritt zur Gleichrangigkeit

Das Argument der Gleichheit und des Rechts auf Gleichbehandlung liegt im Zentrum der chinesischen Rechtfertigung, die China unter anderem über seine offizielle Nachrichtenagentur Xinhua orchestrierte.⁸ Ein Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums betonte, dass Japan seine ADIZ schon 1969 eingerichtet habe. Wenn Japan über unilaterales Vorgehen tatsächlich besorgt wäre, so solle es doch zunächst die eigene ADIZ zurücknehmen (Xinhua 2013a). Durchgängig wird betont, dass China mit der Errichtung der ADIZ nur dem Modell anderer Staaten folgt, konkret all denen, die China an vorderster Front kritisieren, obgleich sie selbst eine ADIZ unterhalten. Die neue chinesische

7 Roy, 1994, Bernstein/Munro 1997, Shambaugh 1994, Feigenbaum 2001. Die gleichen Topoi finden sich natürlich auch bei journalistischen Analysen etwa bei Gertz 2000. Vielfach werden sie auch regionsspezifisch bestimmt (z.B. Adhikari, 2012. Goh 2005). Vereinzelt finden sich auch Versuche der Dekonstruktion (Yee/Storey 2002) und Analysen der frühen Phasen dieser Perspektive auf China (Bernkopf Tucker 2012). Daneben gibt es natürlich auch eine große Zahl von Studien, die sich kritisch mit der These einer chinesischen Bedrohung in ihren verschiedenen Schattierungen auseinandersetzen und natürlich solche, die die Argumente der Seiten abwägen, um dann zu einer „balancierten“ Analyse vorzudringen (Roy, 1996).

Eine der extremsten Varianten der These der chinesischen Gefahr, die gänzlich ohne Bezug auf diesen Topos auskommen konnte, ist Samuel Huntingtons Analyse der Weltpolitik als eines Zusammenpralls von Zivilisationen bzw. Kulturen. Er konstatierte kurz und knapp einen neuen kalten Krieg – diesmal zwischen den USA und China (Huntington 1993, insbesondere: 34).

8 Xinhua richtete hierzu einen eigenen Schwerpunkt im Internet ein: <http://bit.ly/1cyV7BH>.

ADIZ sei wie die korrespondierenden Zonen der anderen Staaten vom internationalen Recht gedeckt und schränke in keiner Weise die Freiheit des Luftraums ein. Die neue ADIZ sei eine notwendige Maßnahme, um die chinesische Souveränität zu verteidigen und die Sicherheit des chinesischen Territoriums sicherzustellen und sei als Frühwarnsystem für die chinesische Luftverteidigung eingerichtet worden. Die chinesische ADIZ sei wie andere auch eine Region im internationalen Luftraum, die nur der Identifikation von Flugzeugen diene. Insoweit als die neue chinesische mit der alten japanischen überlappe, könne man „Gespräche führen, um die Sicherheit der Luftfahrt zu gewährleisten und Unfälle zu vermeiden“, wie der stellvertretende chinesische Außenminister erklärte (Kim 2013). Entsprechend gemessen reagierte Beijing auch auf die einseitige Ausweitung der koreanischen ADIZ, die lediglich bedauert wurde. Ganz praktisch erklärten die chinesischen Medien jedoch, dass

„[f]or the sake of the interests of both countries and the tranquility of the region, South Korea needs to work together with China to foster a security environment in East Asia that is conducive to common development and prosperity. [...]

And their coordination is particularly meaningful now, as Tokyo not only continues to deny the atrocities imperialist Japan committed during the WWII, but has repeatedly played with fire, like the farce of purchasing China's Diaoyu Islands, to the detriment of regional security“ (Xinhua 2013b).

Man muss die Argumentation der chinesischen Seite nicht teilen, sondern kann durchaus strategische Absichten unterstellen, die darauf hinzielen, ein gewisses Maß an Souveränität über die Diaoyu/Senkaku-Inseln zu demonstrieren und Japan über die Notwendigkeit der Koordination der zwei sich überlappenden Kontrollzonen, zu Verhandlungen zu bringen. Gleichwohl bleibt die Frage, ob das chinesische Vorgehen bei der Einrichtung seiner ADIZ von dem anderer Staaten abweicht, wie die Allianzkräfte und große Teile der internationalen Öffentlichkeit behaupten.

Hier ist zunächst einmal, wie oben schon erwähnt, festzuhalten, dass alle Mächte, die die chinesische Maßnahme kritisierten, selbst seit mehreren Jahrzehnten eine ADIZ unterhalten. Die japanische erstreckt sich weit in den Raum hinein, der unumstritten der chinesischen EEZ zugerechnet werden muss. Insoweit als eine EEZ rechtlich unterschieden wird vom offenen Meer (UNCLOS: Artikel 55ff) ist dies eminent problematisch.

Die USA unterhalten vier derartige Zonen, die US ADIZ, die Alaska ADIZ, sowie die Guam und die Hawaii ADIZ, die an den breitesten Stellen über 400 Seemeilen weit in den Pazifik reichen. Die USA erkennen ausdrücklich das Recht anderer Staaten an, eine entsprechende Zone einzurichten (Dept. of the Navy 2007: Chapt: 2.7.2.3, Kapitel 2, Seite 13). Allerdings setzen sie einseitig die Bedingungen. Konkret anerkennen die USA nicht

„the right of a coastal nation to apply its ADIZ procedures to foreign aircraft not intending to enter national airspace nor does the United States apply its ADIZ procedures to foreign aircraft not intending to enter U.S. airspace“ (Dept. of the Navy 2007: Chapt: 2.7.2.3., Kapitel 2 Seite 13).

Die geostrategische Lage der USA stellt sicher, dass die Zahl der Flugzeuge, die innerhalb der strategisch wichtigsten US-amerikanischen Festlands-ADIZ fliegen ohne den amerikanischen Luftraum zu berühren, verschwindend gering ist, so dass die entsprechende Ausnahme keine Gefährdung der nationalen Sicherheit darstellt. Das ist eine Situation,

die im chinesischen Fall möglicherweise anders zu beurteilen ist. Grundsätzlich ist in den entsprechenden nationalen Vorschriften auch das Abfangen von Flugzeugen geregelt und kann zum Zweck ihrer Identifikation, ihrer Verfolgung, ihrer Inspektion oder ihrer Umleitung erfolgen (Federal Aviation Administration 2012: Chapter 5, Section 6 National Security and Interception Procedures).⁹ Betont werden sollte, dass die frühere kanadische ADIZ seit ihrer Etablierung 1951 alle Flugzeuge zur Identifikation zwang, die in sie einfliegen wollten, ungeachtet ihres Zieles; d.h. auch Flugzeuge, die nur in die ADIZ, aber nicht in kanadisches Hoheitsgebiet einfliegen, mussten sich den Regelungen unterwerfen. Gleiches galt für die frühere französische ADIZ im Mittelmeer (McDougal/Schlei 1958: 677; Poulantzas 2002: 342-343). Ähnliche Regelungen gelten für die 1951 eingerichtete südkoreanische ADIZ,¹⁰ die japanische ADIZ,¹¹ sowie die in den 1950er Jahren eingerichtete taiwanische ADIZ. Interessanterweise hat Japan 2010 seine ohnehin weit ausgreifende ADIZ, im Süden bis in die Zone Taiwans ausgedehnt, was zwar zu heftigen Protesten der taiwanesischen Regierung und der VR China geführt hat, ansonsten aber weitgehend unbeachtet geblieben ist.

In Anbetracht der Kritik an der vagen chinesischen Formulierung, wonach „die chinesischen Streitkräfte defensive Notfallmaßnahmen ergreifen werden, um auf Flugzeuge zu reagieren, die in der Identifikation nicht kooperieren und sich weigern, den Anweisungen zu folgen“, mag ein Blick auf vergangene und gegenwärtige amerikanische und australische Regelungen hilfreich sein. 1965 heißt es in Bezug auf die US-amerikanische ADIZ, „[i]f an unknown [aircraft; P.K.] is identified as hostile, the aircraft will be destroyed by the most expeditious method available“ (U.S. Army Air Defense School 1965.: Kap. 2, S. 17). In einem aktuellen Dokument heißt es: „Any aircraft flying in these zones without authorization may be identified as a threat and treated as an enemy aircraft, potentially leading to **interception by fighter aircraft**“ (Headquarters CONR-1AF 2011; Folie: 16; fett im englischen Original; P.K.). Die aktuellen australischen Regelungen besagen analog: „aircraft positively identified as ‚Hostile‘ may be engaged and destroyed“ (Civil Aviation Safety Authority 2010: 323).

Selbst das kritisch gegen das chinesische Vorgehen vorgebrachte Argument, dass es die Zone einseitig und ohne vorherige Information der anderen Länder errichtet habe, trägt nur begrenzt. Zum einen hat Japan 2010 seine Zone einseitig ausgeweitet. Zwar wurde 2010 Taiwan, das von der Ausdehnung betroffen war, wenige Tage vorher informiert, der taiwanische Protest verhallte indes ungehört, obwohl mit dieser Entscheidung eine Überlappung der beiden Zonen einherging. Dieser Wille zur einseitigen Ausdehnung auf Territorien, die von anderen Staaten schon zur ADIZ erklärt wurden, ist aber einer der

9 Analoge Formulierungen finden sich in einer Reihe von Dokumenten (Headquarters CONR-1AF ohne Jahr, sowie Federal Aviation Authority o.J. – insbesondere die Federal Aviation Regulations 99.1a, 99.17, 99.19, 99.21, 99.23).

10 Zu den entsprechenden Regelungen siehe das südkoreanische Office of Civil Aviation 2013.

11 Diese war nach 1945 von den USA eingerichtet und bis Ende der 1960er Jahre von den USA kontrolliert worden. Erst 1969 ging sie in die Kontrolle Japans über.

Punkte, der nun China vorgeworfen wurde. Noch 2010 erklärte ein Beamter des japanischen Außenministeriums, dass Japan weder vor noch nach der Erweiterung beabsichtigte mit Taiwan zu sprechen und fügte an: „Given international norms that ADIZ demarcation is at the discretion of each country, it was natural for Japan not to seek prior approval from Taiwan“ (zitiert nach Taipei Times 2010).¹² Noch problematischer ist, dass nicht nur, wie oben schon erwähnt, Südkorea wenige Tage vor der Errichtung der ADIZ vorab informiert worden zu sein scheint, sondern auch die japanische Seite schon im Mai 2010 von den Plänen der VR China erfuhr, im Ostchinesischen Meer eine ADIZ einzurichten. Damals waren japanische Regierungsvertreter bei einem Treffen mit hochrangigen chinesischen Militärs auch über die geplanten Grenzen der zukünftigen ADIZ informiert worden. Mehrere chinesische Offiziere wiesen dabei auf die entstehenden Überlappungen hin und fragten an, wie man gemeinsam mit dem Problem umgehen könnte (Mainichi Shimbun 2014). Unklar ist, ob Japan die USA informierten. Taten sie dies, wäre die US-Darstellung, wonach das chinesische Handeln überraschend kam, eine taktische Falschaussage. Taten sie es nicht, so stellt sich die Frage nach den Beziehungen innerhalb der bilateralen Allianzen.

Die scharfen anfänglichen Reaktionen sind umso problematischer, als kaum zwei Monate später ein Mitarbeiter der U.S.-China Economic and Security Commission in einer Vorlage zwar argumentiert, dass die neue ADIZ dazu diene, die chinesischen Ansprüche im ostchinesischen Meer zu stärken, dass dies jedoch auf eine Art erfolgt sei

„[...] that does not controvert international conventions. [...] China’s stated purpose for its ECS ADIZ [ECS: East China Sea; P.K.] [...] generally aligns with the predominant rationale for ADIZs in customary international law. [...] In establishing an ADIZ, China likely intended to seek equivalent regulatory measures in the ECS vis-à-vis Japan, and to a lesser extent, South Korea“ (Hsu 2014: 1-3).

So bleibt im Rückblick kaum etwas, das die scharfen Reaktionen der USA und insbesondere Japans rechtfertigen könnte, durch die viel diplomatisches Porzellan zerschlagen worden ist. Allerdings fügt sich die japanische Reaktion ein in ein Bestreben der Abe-Regierung, Japan wieder zu einer „normalen“ Macht aufzubauen, wozu unter anderem der berühmte Artikel 9 der japanischen Verfassung geändert werden soll, insbesondere die Formulierung: „land, sea, and air forces, as well as other war potential, will never be maintained. The right of belligerency of the state will not be recognized.“ Hiergegen bestehen in der japanischen Öffentlichkeit, wie auch gegen die im Dezember 2013 vollzogene Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrats nach amerikanischem Vorbild sowie das Streben nach einer Ausweitung japanischer Waffenexporte und die Schaffung rechtlicher Grundlagen für kollektive Selbstverteidigung immer noch große Vorurteile. Das Szenario eines militärisch bedrohlichen China ist in diesem Kontext ein eminent nützliches Mittel zur Durchsetzung des intendierten sicherheitspolitischen Schwenks Japans.

12 Anders als die VR China 2013 hatte Japan 2010 die taiwanesischen Behörden im Vorfeld über die Pläne informiert, hat sich jedoch vom negativen Echo nicht in seiner Entscheidung beirren lassen.

Die Reaktionen der USA und ihrer Alliierten, insbesondere Japans, auf die Verkündung der chinesischen ADIZ verdeutlichen vor allem eines, dass chinesisches Handeln nicht in Kategorien der Gleichheit wahrgenommen und durchgängig durch die Brille einer gegen einen potenziellen militärischen Feind gerichteten Allianz beurteilt wird. Besonders problematisch ist, dass die Gründe für die Behauptung, Chinas Vorgehen weiche von dem der anderen Staaten mit einer ADIZ ab, sich im Wesentlichen als kaum haltbar erweisen. Aus chinesischer Sicht kann derartige Verhalten als Doppelstandard begriffen werden, mittels dessen China in die Position des Aggressors gedrängt werden soll. Damit wird aber ein Gut-Böse-Schema verfestigt, das einer Deeskalation der bestehenden Konflikte entgegensteht.

4. Eine kurze Geschichte des Konflikts um die Diaoyu/Senkaku-Inseln

Generell wird der chinesische Schritt als Teil einer Strategie begriffen, die chinesischen Ansprüche auf die Diaoyu/Senkaku-Inseln durch einseitige Maßnahmen zu untermauern. Allerdings erscheint es abwegig, die Verkündung der chinesischen ADIZ als ersten provokativen Schritt zu kategorisieren, mittels dessen ein seit langem bestehender Status quo in Frage gestellt wird.

4.1 Das Souveränitätsspiel im Seegebiet um die Diaoyu/Senkaku-Inseln seit den 1970er Jahren

Schon ein kurzer Blick um ein gutes Jahr zurück reicht zu einer Relativierung des Vorwurfs chinesischer Provokation. Damals kam es zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen der VR China und Taiwan auf der einen und Japan auf der anderen Seite, nachdem Japan drei der Diaoyu/Senkaku-Inseln, die sich in Privatbesitz befanden, aufkaufte und nationalisierte. Dies lässt sich allerdings als eine nicht auf Eskalation bedachte Maßnahme der japanischen Regierung lesen. Diese kam damit Privatleuten um den japanischen Nationalisten und früheren Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, zuvor, die die Inseln kaufen und zu Symbolen eines anti-chinesischen Nationalismus machen wollten. Mit dem Kauf durch den japanischen Staat wurde jedoch auch der Status dieser Inseln geändert, da sie notgedrungenenerweise in Staatsbesitz übergingen. Sowohl Beijing als auch Taiwan reagierten heftig auf diese Maßnahme. Beide sahen durch dieses Handeln einen Status gefährdet, der auf allen Seiten Unklarheiten erlaubte. Taiwan wie die VR China entsandten in der Folge Küstenwachtschiffe, die in den umstrittenen Gebieten Präsenz demonstrierten. In der VR China entlud sich ein nationalistischer Aufruhr in der Zerstörung und im Aufrufen zum Boykott japanischer Produkte. Eine Reihe japanischer

Produktionsstätten in China stellte vorübergehend die Produktion ein, bis die Situation wieder unter Kontrolle war.¹³

Dieser Mix aus chinesischem gesellschaftlichem Protest, politischer Agitation durch nicht-staatliche Akteure und deutlichen staatlichen Signalen geht ebenso bis in die 1970er Jahre zurück wie die Aktivitäten japanischer Nationalisten.¹⁴ Schon 1971 zogen Taiwanesen die chinesische Flagge auf einer der Inseln auf, aus Protest gegen den Vertrag, mit dem die USA die südlichen Inselterritorien um Okinawa an Japan zurückgaben.¹⁵ Drei taiwanesischen Parlamentsabgeordnete besuchten die Inseln, die bis dahin ein Zielgebiet für das Bombentraining amerikanischer Bomber gewesen waren. Wenige Jahre später errichtete eine Gruppe japanischer Nationalisten auf einer der Inseln einen Leuchtturm. Taiwan reagierte mit der Entsendung einer großen Zahl von Fischerbooten, die Präsenz und Hoheitsansprüche demonstrieren sollten. 1990 erlaubte die japanische Regierung die Renovierung des Leuchtturms durch Nationalisten. In der Folge entsandte Taiwan mehrere Fischerboote mit Sportlern, die auf den Inseln die olympische Flagge hissen wollten, aber von den japanischen Kräften daran gehindert wurden. In Taiwan und Hongkong fanden anti-japanische Demonstrationen statt. Die taiwanesischen Streitkräfte planten sogar eine Kommandoaktion, die den Leuchtturm zerstören sollte, setzte die Pläne dann aber nicht um (Drifte 2013: 27, Asahi Shimbun 2012). Sechs Jahre später errichteten japanische Nationalisten einen neuen Leuchtturm mit den erwartbaren Folgen: Massenproteste in Hongkong und auf Taiwan und Versuche von Aktivisten, die Inseln zu betreten, wobei eine Person starb. Signifikanterweise wurden kurzzeitig die VR-chinesische und die taiwanesischen Flagge gehisst, trotz der Feindschaft der beiden chinesischen Regime. Im Jahr darauf besuchte ein japanischer Parlamentarier die Inseln. Wieder ein Jahr später landeten chinesische Aktivisten auf der Insel, verloren dabei aber ein Schiff, das von japanischen Kräften versenkt wurde. Im Jahr 2000 errichtete eine japanische nationalistische Gruppe einen Shinto-Schrein. 2004 gelang es erstmals chinesischen Aktivisten aus der VR China, die Inseln kurzzeitig zu betreten. 2005 stellte die japanische Regierung offiziell den von Nationalisten errichteten Leuchtturm unter staatliche Kontrolle. Parallel dazu erfolgten durchgängig Proteste beider chinesischer Regierungen, die von der japanischen Seite jedoch mit dem Standardargument, dass es sich um japanisches Territorium handele, beantwortet wurden. 2010 kam es zu einer Kollision zwischen einem chinesischen Fischerboot und japanischen Küstenwachschiffen, in deren Folge die japanische Seite den chinesischen Kapitän verhaftete und vor Gericht zu stellen versuchte, worauf China mit einer Reihe scharfer Maßnahmen reagierte, was Japan zum Einlenken bewog. Die Anklage des Kapitäns stellt sich als ein Versuch Japans dar, die eigene Souveränität über die Region

13 Zu den Details siehe z.B. Drifte 2013: 35-48.

14 Zu den historischen Abläufen siehe z.B. Pan 2007, Drifte 2008, 2013.

15 Einer der Studentenfürher, die damals gegen die Rückgabe der Diaoyu/Senkaku-Inseln an Japan protestierte, war Ma Ying-jeou, der derzeitige taiwanesischer Präsident. Später schrieb er seine Dissertation zum gleichen Thema. Im September 2012 flog er als taiwanesischer Präsident auf eine kleine, taiwanesisch kontrollierte Insel in der Nähe der Diaoyu/Senkaku-Inseln, um die taiwanesischen Souveränitätsansprüche auf die Inselgruppe zu unterstreichen (Radio Australia 2012; auf Chinesisch: Ye 2012).

unmissverständlich in der Sprache des nationalen Rechts zu verdeutlichen, insoweit als „a successful prosecution would have demonstrated Japanese jurisdictional sovereignty over the islands a major new precedent and altering the sovereignty status quo in Japan’s favor“ (O’Shea 2012: 21). Zwei Jahre vorher rammte und versenkte die japanische Küstenwache ein taiwanesisches Fischerboot, wofür sie sich entschuldigte und eine Entschädigung zahlte.

Derartige Konflikte verdeutlichen zum einen, dass jeder scheinbare Auslöser einer Krise selbst ein Ergebnis vorangegangener Dynamiken ist und zum anderen, dass Japan in dieser Region gegenüber beiden chinesischen Staaten, bzw. deren Fischern eine durchaus „robuste“ Strategie fährt, die nur in dem Sinn defensiv ist, als Japan lediglich danach strebt, den Status quo japanischer Kontrolle zu wahren. Die geschilderte Struktur zeigt auch, dass es sich um einen asymmetrischen Konflikt handelt, in dem weder die Ausgangssituation der beiden Konfliktparteien noch die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel von gleicher Art sind. Während die japanische Seite vom Status quo profitiert, scheint es aus chinesischer Sicht unumgänglich, die eigenen Ansprüche durch Verlautbarungen, Proteste und symbolische Aktionen zu bekräftigen, um sie aufrechtzuerhalten.

Neben der Entsendung von Fischereiboote und später auch Küstenwachschiffen sowie Aufklärungsflugzeugen in die Zone um die Inseln war und ist die Erforschung und Ausbeutung unterseeischer Bodenschätze ein weiteres wichtiges Mittel der chinesischen Seite in diesem asymmetrischen Konflikt. Noch vor 30 Jahren hatte China vorgeschlagen, die umstrittenen Regionen gemeinsam zu erforschen und auszubeuten und die Souveränitätsfrage hintan zu stellen. Dies war eine Strategie zum Umgang mit dem Konflikt, die Japan verweigerte, da es zunächst die japanische Souveränität bestätigt sehen wollte. China reagierte mit der einseitigen Erforschung des Ostchinesischen Meeres und demonstrierte so unter anderem auch die eigenen Ansprüche. Ab Ende der 1990er Jahre begann die Ausbeutung der Ressourcen, knapp auf der chinesischen Seite der Mittellinie, jedoch in einem Feld, das möglicherweise über die Linie hinausreicht. Wäre China in den 1980er Jahren noch auf japanische Kooperation bei der Ausbeutung der unterseeischen Ressourcen angewiesen gewesen, so hatte Japan ab Mitte der 1990er Jahren diesen Hebel des Konfliktmanagements verloren. China konnte allein agieren, und nutzte nun seinerseits die Rohstoffausbeutung als Mittel im Konflikt, in dem sich maritime Kontrolle über exklusive Wirtschaftszonen und Souveränitätsansprüche überlagern. Die letzten Jahre brachten rund um die Diaoyu/Senkaku-Inseln eine Intensivierung eines „Souveränitätsspiels“ (*sovereignty game*), in dem sich die zwei Hauptkonkurrenten mit symbolischen Handlungen herausforderten, die darauf abzielten, im umstrittenen Territorium eigene Souveränität zu signalisieren, bzw. die unvollständige Souveränität der anderen Seite offenzulegen (O’Shea 2012).

4.2 Rechtliche Legitimationsstrategien der konkurrierenden Souveränitätsansprüche

Rechtlich treffen in diesem Konflikt zwei unterschiedliche Legitimationsstrategien aufeinander, die dem Konflikt einen jeweils eigenen Rahmen geben.

Aus Sicht beider Chinas gehören die Inseln unabweisbar zu China, weil sie bis 1895 über mehrere Jahrhunderte chinesisch verwaltet worden seien. Japan sei durch den Sieg über China und dem anschließenden Friedensschluss, der den chinesisch-japanischen Krieg von 1894-95 beendete, in den Besitz der Inseln gelangt. Während Taiwan nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder an China zurückfiel und wenig später zur letzten Bastion der Republik China wurde, galt dies nicht für die Diaoyu-Inseln, die von den Amerikanern an Japan übergeben wurden. Aus Sicht der beiden Chinas erwuchs die Kontrolle Japans über die Inseln aus der Macht der japanischen Gewehrläufe, aus ungleichen Verträgen und einer unvollständigen Dekolonisierung, der China wegen militärischer Schwäche (VR China) bzw. der Notwendigkeit, die Schutzmacht USA zufriedenzustellen (Republik China) nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über Jahrzehnte nichts entgegenstellen konnten.

Japan argumentiert, dass China zwar im Vertrag von Shimonoseki 1895 die Kontrolle über Taiwan und zugehörige Inseln an Japan abgetreten habe. Doch habe die japanische Regierung schon einige Monate vorher entschieden, Souveränitätsmarkierungen auf den Diaoyu/Senkaku-Inseln zu errichten, die einen Anspruch Japans unter der rechtlichen Theorie der *terra nullius* (Niemandland) begründeten. Die Souveränität über ein solches Niemandland wird nach internationalem Recht durch einfache Besetzung hergestellt. Diese Inseln seien somit nicht über den Friedensvertrag an Japan gefallen. Dies ist zentral, da Japan durchaus die moralisch-ethische Problematik des China aufgezwungenen Friedensvertrags von 1895 anerkennt und ebenso den Vertrag von San Francisco von 1951, wonach Japan nicht nur die Unabhängigkeit Koreas anerkennt, sondern auch auf alle Rechte in Bezug auf Formosa (Taiwan), die vorgelagerten Pescadore, ebenso wie die Spratly und Paracel Inseln im Südchinesischen Meer verzichtet. Da die Inkorporation der Senkaku-Inseln aber wenige Monate vor dem Vertrag von Shimonoseki erfolgte, gehören diese Inseln nicht zu denen, auf die Japan aufgrund des Vertrags von San Francisco alle rechtlichen Ansprüche aufgegeben habe.¹⁶ Rechtlich relevant sei auch, dass die USA das Gebiet über ein Vierteljahrhundert als einen Teil Japans behandelten. So eben auch im Vertrag von San Francisco von 1951, wo sie als Teil der Nansei-Inseln unter ein Treuhandsystem übergeben wurden, dessen einzige Verwaltungsinstanz die USA waren. Anfang der 1970er Jahre gingen die Inseln im Rahmen des „Okinawa Reversion Agreement“ zwischen den USA und Japan an letzteres zurück. Dagegen protestierten zwar sowohl die Republik als auch die Volksrepublik China, unternahmen jedoch keine weitergehenden

16 Die Inkorporierung war nicht öffentlich gemacht worden, was einen chinesischen Protest dagegen unmöglich machte. Ohne Notifikation wäre ein entsprechender Akt jedoch nach internationalem Recht möglicherweise ungültig (zu den Schwächen der japanischen und chinesischen historischen Argumentationen siehe Drifte 2013).

Schritte. Seitdem werden die Inseln von Japan verwaltet, das alle Versuche Chinas und Taiwans, Präsenz zu demonstrieren, abwehrte.

Folgerichtig geht die japanische Seite davon aus, dass kein Konflikt existiert, weil die Gebiete zu Japan gehören. Dies hat 2013 noch einmal Premierminister Shinzo Abe bestätigt, als er betonte, „Senkaku is an inherent part of the territory of Japan in light of historical facts and based upon international law, and the islands are under the valid control of Japan“ (Abe zitiert in Gladstone 2013). Auf der Homepage des japanischen Außenministeriums heißt es noch unmissverständlicher: „There exists no issue of territorial sovereignty to be resolved concerning the Senkaku Islands.“ (Ministry of Foreign Affairs of Japan o.J.). Damit geht die japanische Regierung jedoch weit hinter die in den 1970er Jahren mit China informell ausgehandelte Linie zurück, wonach der Territorialkonflikt bis auf weiteres zurückgestellt werden sollte, um die beiderseitigen Beziehungen nicht zu gefährden. Seit den frühen 1990er Jahren negiert sie, dass ein derartiges informelles Übereinkommen bestand (zu Belegen für die Übereinkunft siehe Drifte 2013: 19-21).

5. Das aktuelle chinesische Handeln im Kontext internationalen Rechts und chinesischer Gerechtigkeitsforderungen

5.1 Das moderne internationale Recht als Motor der Eskalation

In mehrerlei Hinsicht ist im Fall der Diaoyu/Senkaku-Inseln, wie auch der Inselgruppen im Südchinesischen Meer (Spratly, Paracel-Inseln) das neue internationale Recht ein konflikttreibender Faktor. Zum einen können Inseln im modernen Seerecht weit über die Inselterritorien hinausgehende exklusive Ansprüche generieren. Sie dienen als Ankerpunkte, um exklusive Wirtschaftszonen um hunderte von Meilen hinauszuschieben, was in rohstoffreichen Meeresregionen mit potentiell konkurrierenden Staaten Begehrlichkeiten weckt. Noch vor wenigen Jahrzehnten hätte ein Großteil der rohstoffreichen Regionen des Ostchinesischen Meeres als internationale Gewässer gegolten. Mit den zunehmend expansiveren Rechten von Küstenstaaten über Regionen, die mehrere hundert Kilometer ins offene Meer hineinreichen, ergeben sich in „kleinen Meeren“ immense Konfliktfelder, die in dieser Form erst durch das internationale Recht geschaffen wurden. Zum Zweiten fordert, wie Ramos-Mrosovsky überzeugend aufzeigt, das Internationale Recht zwar dazu auf, Konflikte in seinen Kategorien zu formulieren, doch werden sich aber unter bestimmten Umständen die Kontrahenten weigern, komplexe Konflikte im Rahmen der entsprechenden Prozesse zu lösen,

„[...] the unpredictability of litigation, the probable domestic illegitimacy of any adverse result, and the lack of any means short of force to enforce a judgment all work to discourage litigation or arbitration“ (Ramos-Mrosovsky 2008: 907).

Besonders problematisch ist, dass das internationale Gewohnheitsrecht der tatsächlichen Kontrolle einen besonders hohen Stellenwert bei der Bestimmung von Souveränitätsan-

sprüchen einräumt. Vielfach wird argumentiert, „that under international law, effective control is the shibboleth – indeed the sine qua non – of a strong territorial claim“ (Sumner 2004: 1787). Internationales Recht

„[...] encourages the ‚display of sovereignty‘ and penalizes states for appearing to ‚acquiesce‘ in a rival state’s claim to disputed territory. When territories are disputed in an atmosphere of passionate nationalism, as are the Senkakus, the need to demonstrate sovereignty and avoid acquiescence – or the appearance of acquiescence – in a rival’s claim may prompt a series of dangerous escalatory gestures“ (Ramos-Mrosovsky 2008: 906).

Demgegenüber wird die chinesische historische Argumentation im internationalen Recht geringer gewichtet: „historical claims create an underlying entitlement to territory, regardless of whether a state has actual or constructive possession of the land at the time of the claim“ (Sumner 2004: 1789). Die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs berücksichtigt in Territorialdisputen eine historische Argumentation durchgängig nicht, sondern greift auf a) bestehende Verträge, b) das *uti possidetis*-Prinzip, das neuen Staaten die Grenzen der alten zuweist, sowie c) tatsächliche Kontrolle zurück, die analog zum Prinzip der „adverse possession“ (Ersitzung) angewandt wird. Letzteres besagt, dass ein widerrechtlich in Besitz gebrachtes Territorium in den legalen Besitz des Besetzers übergeht, wenn es dieser erfolgreich über einen längeren Zeitraum kontrolliert, ohne dass der ursprüngliche Besitzer dagegen vorgeht. In Anbetracht des Primats der tatsächlichen Kontrolle gilt, dass der Anspruchsteller alles unternehmen muss, um den Eindruck zu verhindern, dass er die Besetzung durch eine andere Partei hinnimmt.

Die praktische Konsequenz für chinesisches Handeln liegt auf der Hand: Je länger es die japanische Kontrolle der umstrittenen Inseln zulässt, desto geringer wird die Chance, in Kategorien des internationalen Rechts seine territorialen Forderungen durchzusetzen. Für die chinesische Seite heißt dies, die Kontrolle Japans über die Gebiete so zu unterminieren, dass sie nach den vage formulierten Kriterien des internationalen Rechts nicht mehr als tatsächliche Kontrolle gilt und eben nicht mehr von „uncontested administration of the land and its resident population“ (Andrew Burghardt, zitiert nach Sumner 2004: 1787) gesprochen werden kann. Gelänge dies, wäre Japans rechtliches Hauptargument im Konflikt über die Inseln unterminiert.

Insoweit als China aber aktiv den Status quo in Frage stellen muss, lässt sich sein Handeln als Bedrohung des regionalen Friedens deklarieren. Japan ist demgegenüber eine Status-quo-Macht, die ihre Machtposition dadurch maximiert, dass sie die bloße Anerkennung des Konflikts verweigert.

5.2 Die Diaoyu/Senkaku-Problematik: Rechtsansprüche gegen historische Gerechtigkeitsforderungen

Zunächst prallen in der Auseinandersetzung zwei zentrale rechtliche Argumente aufeinander – die chinesische Version, wonach die aufstrebende imperialistische Macht Japan über den ungleichen Vertrag von Shimonoseki in den Besitz der Inseln gekommen ist und die japanische Sicht, wonach die Inbesitznahme vorher durch einen einseitigen Akt der Kennzeichnung von Niemandsland erfolgte. Während die chinesische Seite argumentiert,

dass die spätere dauerhafte Kontrolle durch Japan die älteren Rechte Chinas nicht außer Kraft setzen dürfe, geht die japanische Seite davon aus, dass es in Bezug auf diese Inseln keine älteren Rechte gebe, weil diese *terra nullius* gewesen seien.

Hinter diesen rechtlichen Positionen steht jedoch ein Konflikt zwischen einer nach Gerechtigkeit für ein vergangenes Unrecht strebende Argumentation auf Seiten der Chinesen und einer rein legalistischen auf japanischer Seite. Den von Japan vorgebrachten Prinzipien internationalen Rechts stehen emotional hoch aufgeladene chinesische Gerechtigkeitsvorstellungen und entsprechende Forderungen entgegen, die davon ausgehen, dass ein nicht rechtens erworbenes Gut über dauerhaften Besitz nicht zu einem rechtmäßigen Eigentum werden kann, selbst wenn dies nach der derzeit gängigen Rechtspraxis so sein mag.

Japan negiert die moralische Dimension und widersetzt sich der Anerkennung eines Konflikts und damit auch der Anerkennung der anderen Parteien als Konfliktpartner. Das stellt die chinesische Seite in den größeren Kontext der weitgehenden japanischen Verdrängung bzw. Relativierung des Unrechts, das mit dem Aufstieg Japans zum asiatischen Imperium einherging und auf dem die Ansprüche auf die Diaoyu-Inseln fußen. Insofern sind die Diaoyu/Senkaku-Inseln Teil eines umfassenderen Syndroms der Demütigung und Verletzung, zu deren Heilung die japanische Politik relativ wenig unternimmt, ebenso wie die japanischen Schulbücher, an deren Geschichtsdarstellung andere asiatische Staaten, allen voran die VR China und Südkorea, wegen revisionistischer Darstellungen immer wieder heftige Kritik üben oder die Besuche hochrangiger japanischer Politiker beim Yasukuni-Schrein, in dem auch verurteilte Kriegsverbrecher geehrt werden.

Indem Japan die Gerechtigkeitsforderungen der chinesischen Konfliktparteien nicht anerkennt, indem es den Konflikt leugnet, reduziert es ihn auf einen ungerechtfertigten chinesischen Machtanspruch und stellt China als aggressive Macht dar, die sich in ihrem Handeln gegen das Recht stellt. Dies aber kommt, durch die Brille Chinas betrachtet, einer weiteren Demütigung gleich. Hinzu kommt, dass sich Japan unter Abe als vorbildhafte Demokratie stilisiert und als führende Macht eines „Bogens der Freiheit und Demokratie“ sieht, durch den von Indien über Südostasien, Australien und Südkorea eine wertorientierte Gemeinschaft erwachsen soll. Der derzeitige stellvertretende Premierminister und Finanzminister Taro Aso erklärte Japan zur „ältesten Demokratie in Asien“ (Aso 2013). Als Außenminister hatte er unter dem ersten Abe-Kabinett Japan als „Veteranen“ im Bereich von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit bezeichnet, der derartige Erfolge im Feld des Friedens aufzuweisen habe „that no one can possibly point a contemptuous finger at Japan“ (Aso 2006). Das in der Verfassung festgeschriebene Verbot kollektiver Selbstverteidigung mutiert zu einem Hemmschuh für eine nach außen gerichtete aktive Friedenspolitik „without the ban on the right to collective self-defence, Japan could have done much more good in a far more meaningful way to the protection of peace and order in the international arena“ (Aso 2013). Gleichzeitig betont der japanische Premierminister, dass „Japan is Back [...] Japan is not, nor will ever be, a Tier-two country. That is the core message I am here to make. And I reiterate this by saying, I am back, and so shall Japan be“ (Abe 2013). Er stellt auch in Frage, ob es sich beim japanischen Angriffskrieg um Aggression gehandelt habe: „[...] the definition of aggression has yet to

be established in academia or in the international community. [...] Things that happened between nations will look differently depending on which side you view them from“ (Abe zitiert nach Asahi Shimbun 2013; siehe auch: Time U.S. 2013). Und der Erziehungsminister Hakubun Shimomura forderte kurz vor seiner Amtsübernahme, dass

„Japan simply must become free of the postwar system’s consciousness, and Tokyo Trials historical viewpoint in order to make over Japan into a new country. [...] the Japan of today is exactly the emotionally defeated country that the U.S. hoped for right after the war. [...] Once we recapture political power through a general election, we intend to construct a genuinely conservative administration. Such an administration has only existed for around three years after the war“ (Shimomura 2012).

Mark Siemons fasst die jenseits aller Fragen von Macht, militärischer Sicherheit bzw. Projektionsfähigkeit und Kontrolle über Rohstoffe generierte Dynamik zusammen: „Je mächtiger China wird, desto mehr kollidiert aber sein Selbstverständnis mit der Aufrechterhaltung dessen, was es als Hinterlassenschaft eines Imperialismus sieht, dem es zum Opfer gefallen war und den es bislang bloß aus eigener Schwäche habe hinnehmen müssen“ (Siemons 2013: 27). Gleichzeitig trifft dieses China auf ein Japan, das, wenn es nach dem Willen der gegenwärtigen Führung geht, deutlich nationalistischer auftritt und zunehmend offen eine anti-chinesische Containment-Strategie verfolgt. Dabei kann sie sich, trotz mancher Kritik, bislang auf die Unterstützung der USA verlassen, die scheinbar glauben, im Prozess der Stärkung ihrer Position in Asien gegenüber ihrem stärksten und wichtigsten Verbündeten mit besonderer Vorsicht auftreten zu müssen.

6. Wie weiter?

Die scharfen Reaktionen auf die Verkündung der chinesischen ADIZ waren mehr als unnötig. Sie verschärften eine Situation, die ohnehin schon angespannt war, und zielten in ihrer Weigerung der Anerkennung der substanziellen Gleichheit des chinesischen Handelns mit dem der anderen Mächte auf eine Isolierung Chinas als Konflikttreiber in einem bilateralen Eskalationsprozess, der Japan und China zunehmend auf Konfrontationskurs treibt.

Insbesondere die Reaktionen Japans, aber auch die ersten Reaktionen Südkoreas sowie der USA zeigen aus chinesischer Sicht, dass die anderen Mächte China eben immer noch nicht als Gleichen unter Gleichen akzeptieren, sondern einen Schritt, der China dem Status quo der Anderen näher bringt, als Aggression brandmarken, letztlich mit dem Ziel den Aufstieg Chinas, wenn schon nicht zu verhindern, so doch zu verlangsamen. Gleichzeitig erweist sich die behauptete US-amerikanische Neutralität aus chinesischer Sicht als Parteinahme zugunsten Japans, da sie vor dem Hintergrund der Sicherheitsgarantien für die umstrittenen Inseln einen problematischen Beigeschmack haben. Damit unterstützen die USA aus chinesischer Sicht ein Land, das aus Sicht seiner ostasiatischen Nachbarn (anders als Deutschland) seine Vergangenheit nie umfassend aufgearbeitet hat und einen aus japanischem Expansionismus resultierenden Souveränitätskonflikt leugnet, womit es

dem grundlegenden chinesischen Anliegen nach „historischer Gerechtigkeit“ die Legitimität abspricht.

Selbstverständlich geht es in diesem Konflikt nicht nur um Anerkennung, selbstverständlich strebt China auch nach den im Bereich dieser Inseln liegenden Ressourcen, selbstverständlich sind mit der Kontrolle über die Diaoyu/Senkaku-Inseln auch signifikante strategische Vorteile verbunden. Nichtsdestoweniger stehen diese Inseln und die sie umgebende Meeresregion *Pars pro Toto* für die konkurrierenden Perspektiven auf die Vergangenheit und die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Definition des bilateralen Verhältnisses.

Während mit der Zurückstellung des Konfliktes in den 1970er und 1980er Jahren ein fragiler Rahmen für Annäherung gefunden werden konnte, ist dieser mit der japanischen Behauptung, eine entsprechende informelle Übereinkunft habe es nie gegeben, zerbrochen (Drifte 2013: 54).

Man muss die chinesische Position zu den Diaoyu/Senkaku-Inseln nicht teilen, genauso wenig wie die maximalistisch formulierten Forderungen in Bezug auf die chinesische ausschließliche Wirtschaftszone. Trotzdem ist festzuhalten, dass sich das Territorialproblem um die Diaoyu/Senkaku-Inseln mit einer reinen Verweigerungshaltung durch Japan nicht konstruktiv bearbeiten lassen wird, weil China nicht bereit sein wird, auf seine Ansprüche zu verzichten. Zu stark sind die an sich unbedeutenden Inseln zu symbolischen Repräsentationen der Vergangenheit und, zumindest für die VR China, zu einem Prüfstein für die Akzeptanz als Gleicher unter Gleichen geworden. In den zwei Chinas und Japan sind die Inseln in den letzten zwei Jahrzehnten darüber hinaus zu wichtigen nationalen Symbolen geworden. In Anbetracht des allenthalben erstarkenden Nationalismus können daraus Dynamiken resultieren, die schwer einzuhegen sind. Insofern wäre die Anerkennung eines Territorialkonflikts durch Japan ein signifikanter erster, auf Deeskalation abzielender Schritt (Drifte 2013: 54). Allerdings spricht nichts dafür, dass die gegenwärtige japanische politische Elite dazu willens ist.

Umso wichtiger ist ein besonnenes Agieren der USA, die klar signalisieren sollten, dass sie nicht bereit sind, sich für nationalistische Muskelspiele der japanischen Regierung instrumentalieren zu lassen und die dementsprechend die geltende Sprachregelung in Bezug auf die Senkaku/Diaoyu Inseln überdenken sollten. Die USA sollten der japanischen Strategie, die USA als Verbündete zu instrumentalieren, deutlich entgegentreten, wollen sie nicht riskieren zu Geiseln japanischer Politik zu werden. Dies wurde auch schon in Analysen für den US-Kongress angesprochen, die schon lange vor Abes Besuch des Yasukuni-Schreins kritisierten, dass „comments and actions on controversial historical issues by Prime Minister Abe and his cabinet have raised concern that Tokyo would upset regional relations in ways that hurt U.S. interests“ (Congressional Research Service 2013: Summary); allein, es folgten keine entsprechenden politischen Signale an Tokio.

Dass der andere amerikanische Alliierte, Südkorea, in seiner Kritik an der nationalistischen Linie der gegenwärtigen japanischen Regierung der chinesischen Presse und Politik kaum nachsteht, und die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye bislang ein Treffen mit ihrem japanischen Counterpart verweigert, sollte auch den USA zu denken geben.

Die koreanische Präsidentin argumentiert wie die chinesische Seite, unter Bezug auf grundlegende Fragen historischer Gerechtigkeit und die mangelnde Anerkennung historischer Schuld durch Japan: „[...] if territory constitutes the body, history constitutes the soul [...] Even a very small fire can be greatly inflamed, so it is imperative that we have a hard-headed and correct understanding of history“ (Park zitiert nach Washington Post 2013). Gleichzeitig fühlen sich beinahe so viele Südkoreaner von Japan bedroht (55,9%) wie von China (59,7%). Darüber hinaus steht Japan gegenüber China deutlich tiefer auf der Beliebtheitsskala der Südkoreaner; auf ähnlich tiefen Werten wie der feindliche nordkoreanische Bruder (ASAN 2013).

Die Ausweitung seiner ADIZ hat Südkorea diplomatischen Raum für begrenzte eigene Initiativen verschafft. Die Überlappung der Zonen legt Verhandlungen nahe, damit innerhalb der Zonen die Flugsicherheit gewährleistet ist, wofür Südkorea die Initiative ergreifen und damit die zwei Hauptkonfliktparteien an einen Tisch bringen könnte. Da es sich formal um technische Fragen handelt, böten sich entsprechende technische Komitees an, deutlich unterhalb der offen konfliktträchtigen Ebene der „hohen Politik.“ Genau in diese Richtung zielen ja auch die amerikanischen Vorschläge. Sollte Japan sich verweigern, könnte Südkorea über bilaterale Gespräche die Ernsthaftigkeit der chinesischen Bereitschaft zu pragmatischen Reglements testen und gleichzeitig den Druck auf eine Teilnahme Japans erhöhen. In dieser Hinsicht eröffnen die neu geschaffenen ADIZ Räume für Verhandlungsprozesse, die ihrerseits als vertrauensbildende Maßnahmen und damit als Grundlage für weitergehende Diskussionen begriffen werden können.

Was den Diaoyu/Senkaku-Disput betrifft, so wäre es an der Zeit, unorthodoxe Lösungsansätze zumindest anzudenken. Die vergangenen Jahrzehnte haben keiner der Konfliktparteien genutzt. Die gegenwärtige Situation zeigt eine deutliche Verschlechterung mit einer nicht unbeträchtlichen Gefahr weiterer Eskalationen und nicht-intendierter Zusammenstöße. China verwendet eine beträchtliche Menge an Ressourcen darauf, in der Region präsent zu sein, immer in Gefahr, dass die eigenen Maßnahmen eine Kettenreaktion in Gang setzen, die den chinesischen Primat auf eine friedliche ökonomische Entwicklung gefährden.

Genau deshalb erscheint das Fernziel einer gemeinsamen Souveränität (Kondominium) erwägenswert. So etwas wurde 2002 vom britischen Außenminister Jack Straw für die Gibraltar-Halbinsel vorgeschlagen, aber nach einem ablehnenden Referendum der lokalen Bevölkerung wieder fallen gelassen. Ein Beispiel für ein solches Kondominium ist die Ile de la Conference im Bidasoa Fluss zwischen Spanien und Frankreich, die im halbjährlichen Wechsel von Frankreich und Spanien verwaltet wird. Ein anderes ist die Mosel südlich von Luxemburg, die ab der französischen Grenze über ca. 80 km gemeinsam von Deutschland und Luxemburg verwaltet wird. Bis Anfang der 1990er Jahre kann auch Andorra im weiteren Sinn als Kondominium gelten, mit zwei Staatsoberhäuptern, dem Bischof der spanischen Diözese von Ugell and dem französischen Präsidenten.¹⁷ Mit der

17 Der Status geht auf das Jahr 1278 zurück als ein französischer Fürst und der Bischof von Ugell einen Vertrag unterzeichneten, der Andorra verpflichtete an beide Ko-Regenten Tribut zu zahlen. Später gingen die

Annahme einer Verfassung 1993 blieb die grundlegende Konstellation zwar erhalten, doch verloren die zwei Staatsoberhäupter ihre exekutive Gewalt (Lukaszewski 2012). Ein anderes der seltenen Beispiele sind die Neuen Hebriden im Südpazifik, die von 1906 bis 1980 von Großbritannien und Frankreich verwaltet wurden, bevor sie als Vanuatu unabhängig wurden (O'Connell 1968-69).

Bei den Diaoyu/Senkaku-Inseln handelt es sich, wie bei praktisch allen im Ost- und Südchinesischen Meer umstrittenen Inseln (und Riffen), um kleinste Territorien, die ohne massiven Aufwand kein menschliches Leben ermöglichen. Auch wenn Kondominien generell als Zwischenlösung gedacht sind, spricht nichts in der Rechtstheorie oder in der Idee der Souveränität dagegen, das Prinzip einer geteilten Souveränität als dauerhafte Lösung eines Konfliktes anzuvisieren. Der Vorteil einer solchen Lösung ist, dass anders als bei allen anderen Lösungen, keine der konfligierenden Seiten ihren Anspruch verliert (Samuels 2007/2008). Eine Kondominium-Lösung verwandelt demgegenüber die sich gegenseitig ausschließenden und unteilbaren Territorialansprüche in ein teilbares Gut, das allen beteiligten Konfliktparteien gleichermaßen zukommt.

Während das extrem gespannte Verhältnis zwischen China und Japan und die symbolische Bedeutung der Inseln für die konkurrierenden Nationalismen vorderhand gegen eine Kondominium-Lösung sprechen, spricht die Lage und Unbesiedeltheit der Inseln dafür. Zum einen gibt es keine einheimische Bevölkerung, die sich gegen eine solche auf zwischenstaatlicher Ebene verhandelte Lösung stellen und Opposition mobilisieren kann. Zum anderen liegen die Inseln an den nationalen Peripherien und stellen jeweils nur eine extrem kleine Fläche dar. Drittens gibt es eine Reihe praktischer Erfahrungen mit Verträgen, die die gemeinsame Exploration und Ausbeutung von Ressourcen (insbesondere Fisch) in umstrittenen Seegebieten regeln. Während in diesen Verträgen die Souveränitätsfrage ausgeklammert bleibt, stellen sie doch einen ersten praktischen Schritt dar.

Ein Weg hin zu einer Akzeptanz geteilter Souveränität erscheint auch deshalb sinnvoll, weil die durch das Seerecht gebotenen vielfältigen und konkurrierenden Optionen zur Delimitierung von Territorien und Ansprüchen in dieser Region zu extremer Konkurrenz führen. So haben in den letzten Tagen des Jahres 2012 die VR China und Südkorea ihre Ansprüche im Ostchinesischen Meer nochmals bis kurz vor die japanische Inselkette ausgeweitet.

Allerdings wäre ein Weg in Richtung auf ein Kondominium weltweit ein weitgehendes Novum im Kontext der Bearbeitung territorialer Konflikte in den letzten Jahrzehnten, in denen das Dogma der unbedingten und unteilbaren nationalen Souveränität von Staaten kaum mehr je in Frage gestellt wird.

Im gegenwärtigen Kontext kann ein derartiges Nullsummenspiel um Souveränität nur zu einer sich langsam verschärfenden Konstellation führen, da der Null-Summen-Charakter des Konflikts nicht zu umgehen ist. Eine Teilung der Inseln ist undenkbar und

Rechte des französischen Fürsten an Frankreich über. Der Vertrag von 1278 bildet bis heute die Grundlage der andorranischen politischen Ordnung (Wolff 2003: 197).

jede andere Regelung brächte einen Verlierer hervor. Offensichtlich führt das internationale Recht im Ostchinesischen Meer kaum weiter, da zwar alle Konfliktparteien darauf zugreifen, um konkurrierende maximalistische Ansprüche zu stellen, keine Partei aber bereit ist, die Konflikte von unabhängigen Gerichten verhandeln zu lassen. Zu dramatisch erscheinen die Konsequenzen im Fall einer Niederlage.

Genau deshalb erscheint ein Fernziel geteilter Souveränität bedenkenswert. Es ermöglicht es den konkurrierenden Parteien ihre Souveränitätsansprüche weitgehend aufrechtzuerhalten und verhindert damit, dass einer im Konflikt verliert. Damit entschärft es auch die starken nationalistischen Untertöne, die den Konflikt anheizen, und bezieht auch die historische Gerechtigkeitsproblematik auf eine zukunftsorientierte Weise ein. Idealerweise schafft es nur Gewinner, verbreitert und vertieft kooperative Arrangements, und könnte noch als ein post-nationalistisches Modell der Konfliktbearbeitung zukunftsweisend für andere komplexe Territorialstreitigkeiten, etwa im Südchinesischen Meer werden, deren orthodoxe Bearbeitungsrezepturen seit Mitte der 1990er Jahre nicht weiter geführt haben.

Literatur

Die Zugriffe auf die Websites erfolgten zwischen 20. November 2013 und 12. Februar 2014.

- Abe, Shinzo* 2013: Japan is Back. 22 Februar, <http://bit.ly/1e9KQS7>.
- Abeyratne, Ruwantissa* 2012: In Search of Theoretical Justification for Air Defence Identification Zone, in: *Journal of Transportation Security* 5/1, March, S. 87-94.
- Adhikari, Pushpa* 2012: China: Threat in South Asia. Frankfurt IL, Lancer International.
- APA Group o.J.*: Japan Must Take Another Look At All Facets of its Modern History, Including the Kono Statement, Murayama Statement, and Tokyo Trials Historical Viewpoint, Interview mit Hakubun Shimomura, <http://bit.ly/1bs5s7T>.
- Asahi Shimbun* 2013: Abe Stands Firm on Definition of ‚Aggression‘ Amid International Outcry, 10. Mai, <http://bit.ly/1gbkaPX>.
- Asahi Shimbun* 2012. Taiwan Had Secret Plan to Land Elite Troops on Senkakus to Destroy Lighthouse, 5. Dezember, <http://ajw.asahi.com/article/asia/china/AJ201212050086>.
- ASAN Institute for Policy Studies* 2013: Special Survey. South Koreans and Their Neighbors, 27 November, <http://en.asaninst.org/south-koreans-and-their-neighbors/>.
- Aso, Taro* 2006: Speech on the Occasion of the Japan Institute of International Affairs Seminar „Arc of Freedom and Prosperity: Japan’s Expanding Diplomatic Horizons“, <http://bit.ly/1fiqhRy>.
- Aso, Taro* 2013: Japan’s Revival and the Japan-India Global Strategic Partnership. (Speech 4 May 2013, Delhi, India), <http://bit.ly/1nGnROg>.
- Beech, Hannah* 2013: The U.S., Japan and South Korea Flout China’s Air Defense Zone. What’s a Superpower To Do?, in: *Time World*, 29. November, <http://ti.me/IEDXe3>.
- Bernhard, Leonardo* 2012: The Role of Islands On Maritime Boundaries Delimitation: A Look at the Recent Decisions of ITLOS, Centre for International Law, National University of Singapore, <http://bit.ly/1n7SUoy>.
- Bellocchi, Nat* 2013: Taiwan’s Sovereignty Challenged by Beijing, in: *Taipei Times*, 30. November, <http://bit.ly/1nGnROg>.
- Bernkopf Tucker, Nancy* 2012: *The China Threat: Memories, Myths, and Realities in the 1950s*, New York: Columbia University Press.
- Bernstein, Richard/Munro, Ross H.* 1997: *The Coming Conflict with China*, New York, NY: Alfred A. Knopf.
- Buzan, Barry* 2010: China in International Society: Is ‘Peaceful Rise’ Possible?, in: *The Chinese Journal of International Politics*, S. 5-36.
- Buzan, Barry/Weaver, Ole/de Wilde, Jaap* 1998: *Security: A New Framework for Analysis*, Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Cha, Victor* 2013: Korea’s Mistake on China’s ADIZ Controversy, <http://bit.ly/1dIYVji>.
- China Daily* 2013: Japan-Taiwan Fishery Agreement Raises „Concern“, 11. April, <http://bit.ly/1aYa2Ie>.
- China Defense Blog* 2011: Vietnam and China to Conduct a Joint Patrol in Tonkin Gulf, 19. Juni, <http://bit.ly/1mcG5vh>.
- Civil Aviation Safety Authority (Australia)* 2011: Visual Flight Rules Guide, <http://bit.ly/1e9KVFr>.
- Cole, J. Michael* 2013: China’s ADIZ: Taiwan’s Dilemma, in: *The Diplomat* 28. November, <http://bit.ly/1aZ4nE6>.
- Congressional Research Service* 2013: Japan-U.S. Relations: Issues for Congress. 2 August, <http://bit.ly/1kENlye>.

- Cornell University Law School Legal Information Institute* o.J.: Federal Aviation Regulations, 14 CFR Part 99 Security Control of Air Traffic, <http://bit.ly/1bEtHjm>.
- Cornell University Law School Legal Information Institute* o.J.: Federal Aviation Regulations, <http://bit.ly/1fsFFSb>.
- DeHart, Jonathan* 2013: Osaka Mayor Doges Censure over Comfort Women Remarks, in: *The Diplomat* 31 May, <http://bit.ly/1fburKT>.
- Department of the Navy* 2007: *The Commander's Handbook on the Law of Naval Operations*, edition July. <http://1.usa.gov/1eHz9MM>.
- Drifte, Reinhard* 2008: *Japanese-Chinese Territorial Disputes in the East China Sea – Between Military Confrontation and Economic Cooperation*. Working Paper, Asia Research Centre, London School of Economics and Political Science, London UK, <http://eprints.lse.ac.uk/20881/>.
- Drifte, Reinhard* 2013: *Japan and China: Between the Materialization of the „China Threat“ and Japan „Reversing the Outcome of World War II“?*, UNISCI Discussion Papers, no. 32, <http://bit.ly/M5SNv0>.
- Dunlap, Charles J.* 2001: *Law and Military Interventions: Preserving Humanitarian Values in the 21st Century Conflicts*. Carr Center for Human Rights Policy, Harvard Kennedy School, Workshop paper, <http://bit.ly/1e6m7xV>.
- Federal Aviation Administration* 2012: *Aeronautical Information Manual: Official Guide to Basic Flight Information and ATC Procedures*, chapter 5, section 6, National Security and Interception Procedures; <http://bit.ly/M5SNv0>.
- Federal Aviation Authority* o.J.: Federal Aviation Regulations (FARS, 14 CFR) Part 99 – Security Control of Air Traffic, <http://bit.ly/1cgeuTp>.
- Feigenbaum, Evan* 2001: *China's Challenge to Pax Americana*, in: *The Washington Quarterly* 24/3, S. 31-43.
- Friedberg, Aaron L.* 2011: *Hegemony with Chinese Characteristics*, in: *The National Interest* Juli/August, S. 18-27.
- Gertz, Bill* 2000: *The China Threat: How the People's Republic Targets America*, Washington D.C.: Regnery Publishing.
- Gladstone, Rick* 2013: *Japan's Leader Gives No Ground in Island Dispute*, *New York Times*, 27. September, <http://nyti.ms/Myv5c1>.
- Goh, Evelyn* 2005: *Meeting the China Challenge: The U.S. in Southeast Asian Regional Security Strategies*, Washington, East-West Center, Policy Studies 16.
- Government of Japan* 2013a: *National Security Strategy*, <http://bit.ly/1dJLXE1>.
- Government of Japan* 2013b: *National Defense Program Guidelines for FY 2014 and Beyond*, <http://bit.ly/1fp93Tf>.
- Government of Japan* 2013c: *Press Conference by the Chief Cabinet Secretary*, 26 November, <http://bit.ly/1lnBeXK>.
- Government Printing Office (US)* o.J.: *Code of Federal Regulations (annual edition)*. SuDoc Class Number: AE 2. 106/3: 14/, Title 14: Aeronautics and Space, Subchapter F: Air Traffic and General Operating Rules, Subpart A + Subpart B.
- Gries, Peter Hays* 2004: *China's New Nationalism: Pride, Politics, and Diplomacy*, Berkeley et al.: University of California Press.
- Gries, Peter Hays* 2005a: *Social Psychology and the Identity-Conflict Debate: Is a ‚China Threat‘ Inevitable?*, in: *European Journal of International Relations*, 11/2, S. 235-265.
- Gries, Peter Hays* 2005 b: *China's „New Thinking“ on Japan*, in: *The China Quarterly*, S. 832-850.
- Gries, Peter Hays* 2005c: *Nationalism, Indignation and China's Japan Policy*, in: *SAIS Review* 25/2, S. 105-114.
- Hayashi, Keiichi* 2014: *China risks becoming Asia's Voldemort*, in: *The Telegraph* 5. Januar; <http://bit.ly/1gayOp9>.

- Headquarters CONR-1AF (AFNORTH)* 2011: NORAD Intercept Procedures, Air Defense Identification Zone & Temporary Flight Restrictions (auf der Seite der Federal Aviation Administration: <http://1.usa.gov/1fqK7bS>).
- Hsu, Kimberly* 2014: Air Defense Identification Zone Intended to Provide China Greater Flexibility to Enforce East China Sea Claims. U.S.-China Economic and Security Review Commission Staff Report January 14, 2014, <http://1.usa.gov/1eGrClj>.
- Huntington, Samuel* 1993: The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs*, Summer, S. 22-49.
- Ikeda, Tadashi* 2013: Getting Senkaku History Right, in: *The Diplomat*, 26. November, <http://bit.ly/1c1QzqB>.
- Japan Times* 2013: Onodera, Hagel Worry ADIZ May Trigger Conflict, 28. November, <http://bit.ly/1gp4wmA>.
- Keck, Zachary* 2013: With Air Defense Zone, China is Waging Lawfare, in: *The Diplomat*, 30. November, <http://bit.ly/1m03bBJ>.
- Kim Deok-hyun* 2013: China Urges U.S. Neighbors, Not to „Overreact“ to Air Defense Zone, 3. Dezember, <http://bit.ly/1dCwh8c>.
- Krasner, Stephen D.* 2005. Building Democracy after Conflict: The Case for Shared Sovereignty, in: *Journal of Democracy* 16/1, Januar S. 69-83.
- Li, Jianwei/Chen, Pingping* 2010: China Vietnam Fishery Cooperation in the Gulf of Tonkin Revisited, *South China Sea Studies*, Second International Workshop Working paper 2010, <http://bit.ly/1bsUgC8>.
- Liebig, Stefan* 2004: Empirische Gerechtigkeitsforschung: Überblick über aktuelle Modelle der psychologischen und soziologischen Gerechtigkeitsforschung, ISGF-Arbeitsbericht 41, Januar 2004
- Liu, Xiaoming* 2014: China and Britain Won the War Together, in: *The Telegraph* 1. Januar, <http://bit.ly/1dAx9tg>.
- Lukaszewski, Marcin* 2012: The Position and the Role of Direct Democracy's Institutions in the Political System of Principality of Andorra, in: *Advanced Research in Scientific Areas*, 3.-7. Dezember, <http://bit.ly/1dAx9tg>.
- Mainichi Shimbun* 2014: Chinese Officers Told Japan About Expanded Air Defense Zone in 2010, 1. Januar, <http://bit.ly/1eHNCIX>.
- Manicom, James* 2013: Explaining the June 2008 Consensus on Resource Development in the East China Sea. Paper presented at the 2013 International Studies Association Annual Meeting, April 3-6, San Francisco.
- Masahiro, Akiyama* 2013: Geopolitical Considerations of the Senkaku Islands, in: *Review of Island Studies*. OPRF Center for Island Studies, 7. August, <http://bit.ly/1b9CRyl>.
- McDougal, Myres S./Schlei, Norbert A.* 1958: The Hydrogen Bomb Tests in Perspective: Lawful Measures for Security. Faculty Scholarship Series, Paper 2617, <http://bit.ly/1d9FQqy>.
- Mearsheimer, Jonathan* 2005: The Rise of China Will Not Be Peaceful at All, in: *The Australian*, 18. November, <http://bit.ly/1jMLJ54>.
- Mearsheimer, Jonathan* 2010a: The Gathering Storm: China's Challenge to US Power in Asia, in: *The Chinese Journal of International Politics*. 3, S. 381-396. <http://bit.ly/1b81i2u>.
- Mearsheimer, Jonathan* 2010b: Australians Should Fear the Rise of China, in: *Spectator* 2. Oktober, <http://bit.ly/1nGxYm6>.
- Mercer, Jonathan* 2005: Prospect Theory and Political Science, in: *Annual Review of Political Science* 8/1, S. 1-21.
- Mercer, Jonathan* 2010: Emotional Beliefs. In: *International Organization* 64, Winter: 1-31.
- Ministry of Foreign Affairs of Japan* o.J.: Japan-China Relations: Current Situation of Senkaku Islands. <http://bit.ly/1jKCina>.
- Müller, Harald* 2011: Justice in International Diplomacy. HSFK-Working Paper No. 8, <http://bit.ly/1cgvfho>.
- O'Connell* 1968-69: *Yearbook of British and International Law* 43, S. 71-145.

- Office of Civil Aviation* (Republik Korea) 2013: Aeronautical Information Publication (AIP); ENR 5.2 Military Exercise and Training Areas and Air Defence Identification Zone (ADIZ), <http://bit.ly/1fz7a4s>.
- O'Shea, Paul* 2012: Sovereignty and the Senkaku/Diaoyu Territorial Dispute. EIJS, Stockholm School of Economics, Working Paper 240, <http://bit.ly/1cgwih6>.
- Pan, Zhongqi* 2007: Sino-Japanese Dispute over the Diaoyu/Senkaku Islands: The Pending Controversy from the Chinese Perspective, in: *Journal of Chinese Political Science* 12/1, S. 71-92.
- Panda, Ankit* 2014: Japan to Formally Nationalize 280 Islands, in: *The Diplomat* 9. Januar, <http://bit.ly/1cgwih6>.
- Pedroso, Raul* 2011: Responding to Ms. Zhang's Talking Points on the EEZ. In: *Chinese Journal of International Law* 10/1: 207-223.
- People's Daily* 2011. China, Vietnam engage in joint naval patrols. 22. Juni, <http://bit.ly/1noTbUe>.
- People's Republic of China* 2012: Submission by the People's Republic of China Concerning the Outer Limits of the Continental Shelf beyond 200 Nautical Miles in Part of the East China Sea. Executive Summary, <http://bit.ly/1ewuttN>.
- Philippine Daily Inquirer* 2011: China, Vietnam Conduct Joint Sea Patrol amid Tensions, 22. Juni, <http://bit.ly/1b9Civ5>.
- Poulantzas, Nicholas M.* 2002: *The Right of Hot Pursuit in International Law*, second edition, The Hague: Kluwer Law International.
- Radio Australia* 2012: 马英九：日本国有化、私有化钓鱼岛台湾一概不承认 (Ma Ying Jeou: Verstaatlichung, Privatisierung wird Taiwan nicht anerkennen, 8. September, <http://www.radioaustralia.net.au/chinese/2012-09-08/马英九：日本国有化、私有化钓鱼岛台湾一概不承认/1012756>.
- Ramos-Mrosovsky, Carlos* 2008: International Law's Unhelpful Role in the Senkaku Islands, in: *Journal of International Law* 29/4, S. 903-946, <http://bit.ly/1jBsbAy>.
- Republic of Korea* 2012: Partial Submission to the Commission on the Limits of the Continental Shelf Pursuant to Article 76 Paragraph 8 of the United Nations Convention of the Law of the Sea. Executive Summary, <http://bit.ly/LXgkj>.
- Roach, Ashley J.* 2011: *International Legal Rules for Deciding Sovereignty Disputes*. National University of Singapore Working Paper; <http://bit.ly/1f2JZ3F>.
- Roy, Denny* 1994: Hegemon on the Horizon? China's Threat to East Asian Security, in: *International Security* 19/1, Summer, S. 149-168.
- Roy, Denny* 1996: The „China Threat“ Issue: Major Arguments: in: *Asian Survey* 36/8 August, S. 758-771.
- Sabbagh, Clara/Golden, Deborah* 2007: Reflecting upon Etic and Emic Perspectives on Distributive Justice, in: *Social Justice Research* 20, S.372-387.
- Samuels, Joel H.* 2007/2008: Condominium Arrangements in International Practice: Reviving an Abandoned Concept of Boundary Dispute Resolution, in: *Michigan Journal of International Law*, Jg. 29, S. 727-776.
- Shambaugh, David* 1994: Growing Strong: China's Threat to Asian Security, in: *Survival* 36/2, S. 43-49.
- Sharma, Surya Prakash* 1997: *Territorial Acquisition, Disputes and International Law*,. The Hague et al.: Martinus Nijhoff Publishers.
- Shimomura, Hakubun* 2012: Interview with Toshio Motoya, in: *Bigtalk* 257. <http://bit.ly/1gpx3W9>.
- Sidney Morning Herald* 2013: Australia Summons Chinese Ambassador over Air Defence Zone, 26. November, <http://bit.ly/1d4X34c>.
- Siemons, Mark* 2013: Wenn Imperien über die Vergangenheit entscheiden, in: *FAZ* 2. Dezember, S. 27.
- Song, Yann-huei* 2010: The Application of Article 121 of the Law of the Sea Convention to the Selected Geographical Features Situated in the Pacific Ocean, in: *Chinese Journal of International Law*, S. 663-698, <http://bit.ly/1aYX2o3>.

- Song, Yook Hong 1977: The Sino-Japanese Fisheries Agreement of 1975: A comparison with Other North-Pacific Fisheries Agreements. Occasional Papers Series in Contemporary Asian Studies, University of Maryland, no. 6.
- South China Morning Post 2012: Diaoyu Islands Dispute about Resources Not Land, 4. Dezember, <http://bit.ly/1hpmNkm>.
- Sumner, Brian Taylor 2004: Territorial Disputes at the International Court of Justice, in: Duke Law Journal 53/6, April, S. 1779-1812.
- Tadashi, Ikeda 2013: Getting Senkaku History Right, in: The Diplomat, 26. November, <http://bit.ly/1c1QzqB>.
- Taipei Times 2010: Japan Extends ADIZ into Taiwan Space, 26. Juni, <http://bit.ly/1jBrRBZ>.
- Taipei Times 2013: Ma Urges Talks with China over ADIZ, 2. Dezember, <http://bit.ly/1b1jJPj>.
- Takenaka Akiko 2007: Enshrinement Politics: War Dead and War Criminals at Yasukuni Shrine, in: Japan Focus, <http://bit.ly/1jvUpdl>.
- Talkvietnam 2013. Vietnam-China Joint Sea Patrol Ends, 30. Juni, <http://bit.ly/1jXuyeE>.
- Tamogami, Toshio 2008: Was Japan an Aggressor Nation?, <http://bit.ly/1f84egK>.
- The Guardian 2013: Japan's PM Demands China Revoke Claims to Air Zone over Disputed Islands, 25. November, <http://bit.ly/1d4WDLl>.
- Time U.S. 2013: Sorry, But Japan Still Can't Get the War Right. 20. Mai, <http://ti.me/1nvYv5G>.
- Turner, John C. 1982: Towards a Cognitive Redefinition of the Social Group, in: Tajfel, Henri (Hrsg.), Social Identity and Intergroup Relations. Cambridge: Cambridge University Press, S. 15-40.
- United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS): www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf.
- US Army Air Defense School 1965: U.S. Army Air Defense Digest, <http://bit.ly/1iOv4Ok>.
- US Department of Defense 2013: Hagel Issues Statement on East China Sea Air Defense Identification Zone, 23. November, <http://1.usa.gov/1jvURYQ>.
- US Department of State 2013: China's Declared ADIZ – Guidance for U.S. Air Carriers. 29. November www.state.gov/r/pa/prs/ps/2013/11/218139.htm.
- Washington Post 2013: South Korean President Park Geun-hye Answers Questions, 8. Mai, <http://wapo.st/1aY8cr1>.
- Weber, Max 1922: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: J.C. B. Mohr.
- Welch, David A. 1993: Justice and the Genesis of War, New York: Cambridge University Press.
- White House, Office of the Vice President 2013a: Remarks to the Press by Vice President Joe Biden and Prime Minister Shinzo Abe of Japan, 3. Dezember, <http://1.usa.gov/1cU4Tzq>.
- White House, Office of the Vice President 2013b: Readout of Vice President Biden's Call with Prime Minister Shinzo Abe of Japan. 12. Dezember, <http://1.usa.gov/1n7QiHh>.
- Wolff, Stefan 2003: Disputed Territories: The Transnational Dynamics of Ethnic Conflict Settlements, New York/Oxford: Berghahn Books.
- Xinhua 2013a: China Dismisses Japanese Claim of Altering Status Quo, 28. November, <http://bit.ly/1g1BF32>.
- Xinhua 2013b: Commentary: Safeguarding East Asian Security Needs Closer China-S. Korea Coordination, 10. Dezember, <http://bit.ly/1aRd5xF>.
- Ye, Chieh-Ting 2012: Why Taiwan President's Trip Near Disputed Islands Adds to Entangled Nationalistic Angst, in: TeaLeafNation, 9. September, <http://bit.ly/1fiosUx>.
- Yee, Herbert/Storey, Ian (Hrsg.) 2002: China Threat: Perceptions Myths and Reality, New York: Routledge.
- Yonhap 2013: China informed S. Korea of Air Defense Zone Over East China Sea, 25. November, <http://bit.ly/1iDBJLb>.